

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Preuss. Saar- und Rheinprovinz, Österreich, Ungarn, Kurland 4.50 Reichsmark für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Quartal.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Weite“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

#### Anzeigenpreise:

Die einseitige Honorarveranschlagung 80 Pfennig. Reklamestelle 5.- Reichsmark. „Kleiner Anzeigen“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (auf 1/2 Linie zwei fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenanläufe das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschatz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 17. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsstelle: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Wandlitz und Seemilch. Waflstr. 65. Diebstahl-Geldstrafe. Depotschlüssel Lindenstr. 3.

# Reichswehrkrise - Regierungskrise.

## Scheidemann flagt an. - Zentrum gegen Bürgerblock. - Heute Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag.

Scheidemann hat gestern im Auftrage der Reichstagsfraktion ausgesprochen, was die Sozialdemokratie gegen die Reichswehr auf dem Herzen hat. Er hat Material vorgebracht, das zum großen Teil schon bekannt, zum kleineren neu und sensationell war, das aber im ganzen in erdrückender Weise das Mißtrauen der Partei gegen Herrn Gehler rechtfertigte.

Die Rede schlug ein wie eine Bombe. Es gab stürmische Szenen. Die Rechte schleuderte dem Redner eine Sprichflut von Schimpfwörtern entgegen und verließ dann den Saal. Die Kommunisten freischten und zeterierten wie besessen. Aber auch in den Reihen des Zentrums und der Demokraten gab es Unruhe. Man kann sagen, daß alle Parteien rechts und links von der Sozialdemokratie starkes Mißbehagen über diese Rede empfanden. Nur die Art, wie dieses Mißbehagen zum Ausdruck kam, war je nach Temperament, Erziehung und politischem Endzweck verschieden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stand also gestern - wir sprechen das ruhig aus - im Reichstag allein. Es darf aber hinzugefügt werden, daß ihr das keineswegs überraschend kam. Sie war vielmehr vollkommen darauf gefaßt. Sie wendet sich mit aller Kraft und aus voller Überzeugung der Auffassung, daß es bei der Reichswehr Dinge geben dürfe, die mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben sein müßten und vor denen auch die parlamentarische Kritik respektvoll Halt zu machen hätte.

Man hat in allen Tonarten gefragt, welchen Eindruck diese Rede im Ausland machen würde. Nun, das Ausland erfährt aus dieser Rede nicht zum erstenmal, daß manches faul ist, es erfährt aber auch aus ihr, daß die größte Partei Deutschlands mit rücksichtsloser Entschiedenheit auf Abschaffung der nun einmal bestehenden Verträge und auf volle Verantwortlichkeit in unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn dringt. Die lächerliche Vorstellung der ausländischen Nationalisten, daß das deutsche Volk gewissermaßen eine einzige Verschwörung bilde zum Zweck der geheimen Rüstung und mit dem Ziel des Revanchekrieges, zerrinnt in nichts. Die innere parlamentarische Kritik ist da. Sie wird mit aller Offenheit geübt. Damit entfallen alle Voraussetzungen für Kontrollen und Investigationen.

Es war eine vielen unangenehme, aber doch eine heilsame Kur!

Für das Zentrum sprach zum erstenmal wieder seit langer Zeit als offizieller Fraktionsredner Dr. Josef Wirth. Auch seine mit abnehmendem rednerischen Temperament vorgebrachte Rede aus den Empfindungen des Mißbehagens über die Offenheit Scheidemanns Ausdruck. Sie ging dabei schifflich von falschen Voraussetzungen aus. Denn auch Scheidemann hatte unerschrocken zwischen dem, was war, und dem, was ist; er hatte für Beraubenes aus stürmischen Reden Worte des Verständnisses gefunden, um so schärfer freilich betont, daß in den Reihen von Locarno nicht mehr fortgesetzt werden dürfe, was einst begonnen worden war.

Die entscheidende Bedeutung der Rede Wirths liegt jedoch nicht in ihrer Kritik am Vorhaben Scheidemanns und der sozialdemokratischen Fraktion, sondern in der klaren Ablehnung des Bürgerblocks, die der offizielle Redner des Zentrums aussprach. Wenn das Zentrum wie manche Blätter vorherbereiten aus Beträuerung über die ihm unangenehme Haltung der Sozialdemokratie mit Raufen und Trompeten nach rechts abmarschieren wollte, so stünde dem die Erklärung entgegen, die es gestern durch Wirth abgegeben hat.

Die Regierung nahm in der Debatte zweimal durch den Reichskanzler Marx das Wort: einmal mit der nicht mehr überraschenden Erklärung, daß sie nicht zurücktreten werde und dem Reichstag die Entscheidung über ihr Schicksal überlasse, und dann mit Rechtfertigungen einer Reform in der Reichswehr und einer klaren Stellungnahme gegen Scheidemann. Der zweite Teil dieser zweiten Erklärung war offensichtlich von Herrn Gehler stark beeinflusst.

Diese zweite Erklärung des Reichskanzlers wurde zwar besonders von den Deutschnationalen mit demostrativem Mißfallen aufgenommen, scheint aber beim Zentrum und bei den Demokraten einigermassen Unbehagen erweckt zu haben. Das kam später in der Rede Wirths in bemerkenswerter Form zum Ausdruck: Der Zentrumredner Wirth hatte die bisher unerreichte Einsparung der Reichswehr in den republikanischen Senat in klaren Worten gefordert und wandte sich in direkter Anrede an den Zentrumskanzler Marx, um zu rügen, daß

die Regierungserklärung die Entschlossenheit zur Reform der Reichswehr nicht klar genug zu erkennen gegeben hätte.

Sonst brachte die Debatte wenig Bemerkenswertes. Erklärungen des deutschnationalen Grafen v. d. Schulenburg und des volksparteilichen Herrn Scholz für die Reichswehr, die Mitteilung des Herrn Bredt, daß die Wirtschaftspartei gegen den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag stimmen werde, eine schmutzige Denunziationsrede des erbärmlichen Koenen gegen Breitscheid, ein paar bagerische Wihe und völkische Tiraden.

Die heutige Debatte, in der für die Sozialdemokratie Genosse Hermann Müller das Wort nehmen wird, beginnt um 12 Uhr mittags und dürfte nicht mehr sehr lang sein. Dann kommen die Abstimmungen über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Gehler und über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung, auf den sich das Hauptinteresse konzentriert.

Der Antrag der Sozialdemokraten sagt kurz und bündig: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“ Er konstatiert damit eine Tatsache. Ob diese Tatsache durch das Ergebnis der Abstimmung in Erscheinung treten wird, steht dahin.

Siegen kann die Regierung bei der Abstimmung nur, wenn die Deutschnationalen für sie stimmen oder sich der Abstimmung enthalten. Im zweiten Fall besitzen die Regierungsparteien einen kleinen Vorsprung.

Stürzt die Regierung, so muß sofort über die Bildung einer neuen verhandelt werden. Stürzt sie aber heute nicht, weil die Gnade der Deutschnationalen ihr das Leben läßt, was dann? Kann irgend jemand, kann sie selbst dann behaupten, daß sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt lebensfähig ist?

Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags. Die heutige Abstimmung kann diese Tatsache höchstens verschleiern, aber nicht beseitigen.

Die Deutschnationalen mit ihrem Versuch, sich durch eine Taktik der Unehrlichkeit den Eintritt in die Regierung zu erziehen, Herr Gehler mit seiner Duldsamkeit den Mißständen der Reichswehr gegenüber, Herr Scholz schließlich mit seiner Insterburger Rede haben die Krise herbeigeführt. Die Sozialdemokratie hat sich dem Versuch, diese Krise in Verhandlungen zu verschleppen oder irgendwie hinter den Kulissen beizulegen, widersetzt und Klärung in aller Deffent-

lichkeit gefordert. Ihre Bereitschaft, verantwortlich mitzuhaften, wo der ehrliche Wille besteht, vorhandene Mißstände zu beseitigen, und der Republik und ihren arbeitenden Massen nützliche Dienste zu leisten, hat sie keinen Augenblick verleugnet.

#### Die Volkspartei bricht aus.

##### Sie verhandelt auf eigene Faust mit den Deutschnationalen.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldet:

Der Reichskanzler Dr. Marx hat die Forderung der Volkspartei, nach der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion vom Mittwoch mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu verhandeln, in völliger Übereinstimmung mit der Zentrumsfraktion abgelehnt. Die Demokraten haben sich dieser Haltung angeschlossen. Die Deutsche Volkspartei hat trotzdem für Freitag Besprechungen mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion in Aussicht genommen.

#### Eine dramatische Sitzung.

Die gestrige Reichstags Sitzung wurde um 1 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Das Haus ist gut besetzt, auf der Regierungsbank sieht man die Mehrzahl der Mitglieder des Kabinetts. In der diplomatischen Loge sieht man den amerikanischen Botschafter.

Zuerst kommt die zweite Beratung des Sperrgesetzes für die Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Fürstenthümern. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung gegen Deutschnationalen und Völkische angenommen. Auch die Kommunisten stimmen der Vorlage zu.

Präsident Löbe stellt fest, daß das Gesetz die für Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten habe.

Das Haus tritt nunmehr in die dritte Beratung des Nachtrags-etats ein. Das Wort nimmt sofort

#### Reichskanzler Dr. Marx:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgestellt, daß sie eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig halte, und daß sie diese Entscheidung bei der dritten Lesung des Nachtrags-etats herbeiführen werde. Die Reichsregierung ließ sich demgegenüber von dem Gedanken leiten, daß angesichts der außenpolitischen Lage und der dadurch gegebenen Notwendigkeit, für die Lösung

# Wenn Habsburg wiederkehrt - dann geht Deutschösterreich zu Deutschland.

Infolge der zweimaligen überraschenden Vorstöße des inzwischen verstorbenen Kaisers Karl Habsburg mußte sich der ungarische Staat der Entente, mindestens den angrenzenden Ententestaaten Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien gegenüber verpflichten, die Habsburger niemals als Könige einzusetzen. Nichtsdestoweniger ist nach den ungarischen sogenannten „Wahlen“ die Gefahr groß, daß ein solcher Versuch gemacht wird. Ist es aber erst so weit, dann wird es nicht lange dauern und es werden die Bestrebungen einsetzen, dieses so arg verkleinerte Habsburgerreich zu vergrößern. Die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete Ungarns von den Tschechen, Rumänen und Serben ist so gut wie ausgeschlossen, da diese Staaten allgemeine Wehrpflicht haben und in einem Abwehrkrieg gegen Horthy-Ungarn - nur vielleicht mit Ausnahme des rumänischen Schandstaates - auf gewissermaßen freudige Heeresfolge selbst teilweise ihrer Minderheitsvölker rechnen können; so würden die Erweiterungsintendenzen nach der Richtung des geringsten Widerstandes gehen, d. h. gegen das unter Wehrmachtsbeschränkung und Rüstungsverbot stehende Deutschösterreich. . . .

Dieser Gefahr nicht erst im letzten Augenblick zu begegnen, ist die mächtige Sozialdemokratie Deutschösterreichs unbedingt entschlossen. Sie kündigt daher in der „Arbeiter-Zeitung“ an, daß eine Duldung der vertragswidrigen Habsburgerrestauration in Ungarn Deutschösterreich von der Bindung des Anschlußvertrags von St. Germain und Versailles befreien würde; nur wenn zwischen der Republik Deutschösterreich und einem Habsburg-Ungarn die Grenze des Deutschen

Reiches läge, könnte sich Deutschösterreich halbwegs gesichert fühlen.

Diese Sprache ist deutlich, man wird sie überall hören und verstehen.

#### Wahlgaunertriumph.

##### Die ungarischen „Wahlen“ beendet.

Budapest, 16. Dezember. (W.F.B.) Die allgemeinen Wahlen in das Abgeordnetenhaus sind bis auf die Stichwahlen im ganzen Land abgeschlossen. In Budapest haben an den beiden Wahltagen etwa 70 Proz. der Wähler abgestimmt. In Debreczin erhält jede der drei Listen ein Mandat, und zwar wurden gewählt: Graf Bethlen (11 488 Stimmen), Hegymegi Kis (Bürgerliche Linke 5181) und Györki (Sozialdemokrat 4690 Stimmen). Der Liste Bethlen fehlten bloß 300 Stimmen zur Erlangung des zweiten Mandats auf Kosten der Sozialdemokraten.

#### Sozialistische Siege bei den geheimen Wahlen.

Nach einem Telegramm von „Europa-Press“ aus Budapest haben die Wahlen in den Bezirken mit geheimer Abstimmung - Budapest nicht einbezogen - folgendes Ergebnis gehabt: Sozialdemokraten 7, Demokraten 9, Kossuth-Partei 1, Klassenkämpfer 1 und Regierungspartei 7.

Daraus ergibt sich, daß dort, wo der Wille des Volkes sich wirklich äußern durfte, Bethlen eine schwere Niederlage erlitten hat. Als Gegenstück zu den obigen Zahlen sei die Tatsache registriert, daß gestern auch vier Stichwahlen in Bezirken mit öffentlicher Wahl stattfanden und daß dort natürlich alle vier Regierungskandidaten siegen. - Der Bandenführer Hejas ist unterlegen.



einiger bedeutsamer in Genuß noch unentschieden gebliebener Rechtsfragen verhandlungsfähig zu bleiben, eine Regierungskrise, wenn irgendmöglich, vermieden werden müsse. Aus der Gesamtentwicklung der letzten Zeit heraus, hat die Reichsregierung daher die Initiative für Verhandlungen mit der Sozialdemokratie, als der größten Oppositionspartei, zur Erzielung einer Verbreiterung der Regierungsbasis ergriffen. Die Regierungsparteien billigten ohne Ausnahme diesen Entschluß der Regierung, so daß am Nachmittag des 15. Dezember der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt werden konnte, die Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit den Regierungsparteien bereit, in Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion einzutreten, mit dem Ziele der Bildung der Großen Koalition. Die sozialdemokratische Fraktion hat dann bekanntlich gestern abend sich zwar zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit erklärt, zugleich aber den Rücktritt der Reichsregierung verlangt.

Die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien beabsichtigten Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion hätten ihren Fortgang genommen, ohne daß die Autorität der Regierung nach innen und außen geschwächt worden wäre. Der geforderte Rücktritt der Reichsregierung müßte für längere Zeit zu einer nur geschäftsführenden Regierung führen, da unter den obwaltenden Verhältnissen eine rasche Lösung der Krise unmöglich erscheint. Die Reichsregierung vermag die Verantwortung für einen solchen Zustand, der mit den schwersten Nachteilen vor allem für unsere außenpolitischen Interessen verbunden sein muß, nicht zu übernehmen; sie muß diese Verantwortung denjenigen Parteien des Reichstages überlassen, die ihn durch ihre Beschlässe herbeiführen. Wegen einer Erklärung der Reichsregierung, unter gewissen Bedingungen in der Zukunft zurückzutreten, sprechen die gleichen Gründe, ganz zu schweigen von der grundsätzlichen Einstellung zu einer solchen Erklärung. Namens der Reichsregierung habe ich daher die Erklärung abgegeben, daß die Regierung entschlossen ist, nicht zurückzutreten. Das weitere muß sie der Entscheidung des Reichstages überlassen. (Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Die Redezeit wird für jede Fraktion auf 1½ Stunde festgesetzt.

### Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir beurteilen die durch unseren Beschluß geschaffene Lage wesentlich anders als der Reichstagsrat, aber darüber werde ich erst nachher ausführlich sprechen können, denn ich muß mich zunächst eines Auftrages meiner Fraktion entledigen, indem ich folgende Erklärung abgebe:

Das deutsche Volk hat sich durch die Schwere seines Schicksals, vor allem aber auch durch die Krise, mit der es dieses Schicksal getragen hat, die Achtung der ganzen Welt erworben. Wie wäre es denkbar, daß die größte Partei dieses Volkes, die Sozialdemokratische Partei, sich da nicht nach besten Kräften mitzuarbeiten bemüht? Sie war es doch, die für den Wiederaufstieg die Grundlagen schuf in der demokratischen Verfassung. Sie arbeitete für die außenpolitische Verständigung, die für Herrn Dr. Stresemann kürzlich die Zuerkennung des Nobelpreises zur Folge hatte. (Heilrufe bei den Bolschewiken.) Unsere Liebe zum deutschen Volke wäre sehr schwach, wenn wir uns durch die Versuche der Infamierung abhalten ließen, jetzt aber auch das auszusprechen, was wir für richtig und heilsam halten und die Reichswehr einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Wir verstehen es durchaus, daß die Offiziere, die mit ihrem ganzen Fühlen und Denken in der Vergangenheit, in dem früheren System wurzeln, sich außerordentlich schwer in die neuen sozialen Verhältnisse hineinfinden können und daß die Tatsache, daß die Nachbarstaaten uns auf dem uns ausgegangenen Wege der Abrüstung durchaus nicht folgen wollen, zu allerletzt Befürchtungen anregen konnte. Aber wenn aus diesen persönlichen Gefühlen Dinge herauswachsen, die uns als Bedrohung des Friedens und als Gefährdung unserer Außenpolitik erscheinen, so haben wir die Pflicht zu reden. (Unruhe rechts.) Denn unsere Pflicht ist es, unsere Politik des Wiederaufbaues auf dem Wege der demokratischen Republik und des Friedens zu halten. Wenn wir eine Politik treiben, die der Politik der Demokratie und des Friedens entgegensteht, dann kann sich unser Staatswesen auf die Dauer nicht halten. Nun hat General Heye in Hannover eine Rede gehalten, in der er sagte: Die Reichswehr ist ein zum Gehorham erzogenes Instrument des Staates. Das wäre ein Ziel, das wir herbeiführen wollen, aber dieses Ziel ist bisher nicht erreicht. General Heye ist im Irrtum, wenn er annimmt, daß dieser Zustand schon durchgeführt sei. (Widerspruch rechts.)

### Die Reichswehr als Staat im Staate.

Unsere Behauptung, daß die Reichswehr sich mehr und mehr zum Staat im Staate entwickelt, der seinen eigenen Gesetzen folgt, seine eigene Politik treibt, will ich Ihnen durch einige Tatsachen beweisen. Vorausgeschickt möchte ich folgendes. Was wir heute hier besprechen, das ist keine Ueberschuldung für das Ausland. (Zuruf rechts: Daran sind Sie schuld!) Die Dinge liegen so, daß alle Länder der Welt genau wissen, was bei uns vorgeht. (Zuruf rechts: Ja, durch Deutscher!) Es ist eine Tatsache, daß das Volk, das am leichtesten über die Dinge in der Reichswehr informiert ist, das deutsche Volk ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir haben Zeiten durchlebt, in denen mancherlei nicht ganz legale Maßnahmen wohl die Billigung des ganzen Volkes gefunden haben, weil das Volk sich sagte: man kann nicht ganz Dörfer der Gefahr überlassen, daß sie einfach von Ränderbanden überfallen werden. Aber wenn jetzt noch über diese Dinge, die jahrelang hinter uns liegen, Beschuldigungen in die Welt gesetzt werden, ohne daß die Milch auf anderer Seite getriggert wird, dann ist das ein unzulässiges Verfahren. Ich bitte darauf zu verzichten, sonst müßten wir noch schärfer werden, als unsere Darlegungen, die ich im Auftrage meiner Fraktion zu machen habe, schon an sich sein müßten. (Unruhe und Rufe rechts: Hört, hört!) Wenn Sie (nach rechts) jetzt noch Heiterkeit empfinden können, so wird Ihnen bald das Lachen vergehen. Meine Aufgabe bewegt sich nach drei Richtungen hin:

1. Die Finanzierung gewisser Dinge bei der Reichswehr.
2. Die Beziehungen der Reichswehr zu bestimmten nationalsozialistischen Verbänden.
3. Die Unternehmungen der Reichswehr, die die Außenpolitik aufs schwerste gefährden müssen.

Bei der Finanzierung handelt es sich um ein Heibengeld. Die Frage ist, wie war diese Finanzierung überhaupt möglich, wo kommt das Geld her. Aus dem Etat läßt sich das nicht erklären. Der Etat der Reichswehr ist außerordentlich undurchsichtig und meine Parteifreunde werden bei der nächsten Erörterung darauf dringen, daß vor allem der Reichswehretat ganz gründlich geprüft und so gestaltet wird, daß von irgend welchen Verwendungen, die nicht im Etat vorgegeben sind, keine Rede sein kann. Nach einer uns zugegangenen Denkschrift der Firma Junkers hat im Reichswehrministerium eine besondere Abteilung unter der Bezeichnung S. G. bestanden. Die Leiter waren zum Teil hohe aktive Offiziere, zum Teil auf Dienstvertrag angestellte. Diese Sondergruppe hat auch in Rostow mitgewirkt bei den Junkers-Verträgen. Von dieser Sondergruppe ist seit 1923 eine Summe von 600 Millionen eingezahlt worden, die sich jährlich auf etwa 70 Millionen Goldmark beläuft. (Lebhaftes Hören, hört, hört links.) Bei einer Berliner Großbank besaß ein Konto, auf das Ministerialrat Hermann Spangenberg aus dem Reichswehrministerium Einzahlungen leistet und Gelder abbitt. In etwa 14 Tagen hat Spangenberg Beträge von ungefähr 2½ Millionen Goldmark eingezahlt. Nach weiteren Ermittlungen steht Spangenberg in nahe Verbindung mit der Gesellschaft für technische Unternehmungen der „Gesfu“, die sich jetzt Wirtschaftskontor oder „Wit o“ nennt. Die Geschäftsführer sind ein Herr Frig v. Schumburg in Hohenes, ein Herr Richter und ein Dr. jur. Otto zur Leien, der sich ständig im Ausland, namentlich in Russland, aufhält. Durch Spangenberg wurden einige tausend Mark an die „Gesfu“-Kasse eingezahlt, wodurch bewiesen ist, daß eine unmittelbare Verbindung zwischen Reichswehr-

ministerium und der „Gesfu“ besteht. Die Aufgabe der „Gesfu“ besteht in der Einrichtung einer Rüstungsindustrie im Ausland, besonders in Russland. Bei der Verhandlungen mit der Firma Junkers am 14. März 1922 übernahm General Haffe die Verbindung. Die Unterzeichnung der Verträge erfolgte mit falschem Namen. Ebenso reisten die Offiziere mit gefälschten Pässen nach und von Russland.

### Die Rechte verläßt den Saal.

(Große Erregung rechts und bei den Bolschewiken, man vernimmt Rufe von rechts: „Landesverräter, Lump!“ und „Sie wollen in die Regierung!“ Die Unruhe rechts dauert minutenlang an, der Präsident schwingt die Glocke, ohne daß er aber zunächst Ruhe schaffen kann. Als der Redner weiterreden will, ertönen auf der rechten Seite Rufe: „Raus! Raus! Weg, Henning! Landesverräter!“ — Abg. Schmidt-Hannover ruft: Das ist eine Regierungspartei! — Abg. Scheidemann (fort): Die Außenpolitik Stresemanns wird durchkreuzt. Das deutsche Volk will über davon nichts wissen. Verträge, die Deutschland eingegangen ist, will es ehrlich halten.)

(Neue große Erregung auf der Rechten. Die Deutschnationalen, ein großer Teil der Deutschen Volkspartei und die meisten Bolschewiken verlassen den Saal unter Beifallrufen der Linken.)

Der Redner stellt dann kurz sein Material über Verbindung der Reichswehr mit deutschen Großindustriellen und Geldsammlungen bei diesen für Ausbildung von nicht etatsmäßigen Truppen mit. Er bezieht sich dabei insbesondere auf den Vortrag, den Oberst Koch in Breslau gehalten hat. Im einzelnen, so bemerkt der Redner, will ich auf diese Dinge nicht weiter eingehen und keine Minute verlieren für den dritten Punkt.

### Reichswehr und Wehrverbände.

Die Zusammenhänge der Reichswehr mit rechtsradikalen Verbänden werden durch die Rede des Generals v. Tschischwitz-Kostka im Dezember 1921 bewiesen. Der General sagte:

„Unser Volk muß wieder wehrhaft gemacht werden. Das Rückgrat der alten Armeen waren die Bezirkskommandeure. Diese haben wir leider nicht mehr. Deshalb muß etwas Neues geschaffen werden und zwar nicht im Nebenamt, sondern durch hauptamtliche Kräfte. Dazu ist Geld erforderlich.“

Der General betonte, daß er mit seinen Männern in Pommern großes Entgegenkommen finde.

Ohne die Reichswehr sei keine Politik zu machen, sondern nur mit ihr! Er hoffe, daß der Erfolg in Zukunft wieder aus den Kreisen kommen werde, aus denen er früher gekommen sei.

Hier haben Sie in der Reichswehr alles, was darüber zu sagen ist. Als Bezirkskommandeure fungieren ehemalige Offiziere, die auf Dienstvertrag fest angestellt sind; die Ausbildung für die Reichswehr erfolgt durch sogenannte Sportlehrer. Die „Breslauer Volkswacht“ hat vor einigen Wochen nachgewiesen, daß in zwei schlesischen Regierungsbezirken mehr als 40 solcher Kreisoffiziere angestellt sind. In Pommern ist ein ähnliches System aufgezogen in dreißig verschiedenen Orten, die bis zu 30 Kreisoffiziere zählen. In Stettin kommen noch einige für besondere Dienste hinzu. Diese Offiziere schieben ihre Leute bald hierhin, bald dorthin, sie halten die Verbindung zwischen der Reichswehr und den rechtsradikalen Verbänden aufrecht, sie leiten die Sportkurse unter Heranziehung von Verlogungsanwärtern der Reichswehr und von aktiven Unteroffizieren. Zur Verbindung mit der Reichswehr gibt es besondere Vertrauensleute. Alle Bücher, Zeitungen und Zeitschriften sowie die Lehrer bei den Heeresfachschulen müssen unter allen Umständen rechtsradikal eingestellt sein. Nach diesem System wird auch die Auswahl der Kreisoffiziere vorgenommen.

### Die Marine putschfreudlich.

In Kiel verfehlt ein Offizier seinen Dienst in der Reichswehruniform, der wegen Beteiligung an dem Kättriner Putsch zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. (Hört, hört! links.) In Kiel sind überhaupt ganz besondere Verhältnisse. Dort fungiert ein Rittmeister a. D., der der Organisation Konfus angehörte, die dann in dem von Preußen verbotenen „Wikingbund“ übergegangen ist.

Die Marinestation der Offize ließ durch einen Korvettenkapitän mit dem Führer der Organisation Konfus wegen gemeinsamen Vorgehens bei einigen Putschern verhandeln. Es wurde vereinbart: Die Marine gibt für diese Dinge Waffen, sie hält Waffen und Munition bereit, für den bestimmten Tag, die Marine gibt Geld für die Finanzierung der OC. (Hört, hört! links.) Die Marine ging auf diese Bedingungen ein. (Hört, hört! links.)

Der Aufmarsch der Rechtsverbände sollte in Ost-Schleswig-Holstein stattfinden. (Zuruf rechts: Wann war das?) Das war zu der Zeit als Reichsbau von Mitteloberrn der OC ermordet wurde. Die Finanzierung erfolgte in Danentronen. Die Kronen kamen aus dem Verkauf nautischer Instrumente ins Ausland. (Hört, hört!) Im Jahre 1923 war alles zum Durchführen bereitgestellt. Die Rechtsverbände sollten sich in Kiel konzentrieren, die Marine war bereit, ihre Truppen der OC zu unterstellen. Nach dem Zusammenbruch dieses Unternehmens blieb sein Leiter, Rittmeister a. D. Lieber, Leiter der OC, und organisierte im Einvernehmen mit der Marineleitung, von der er nach wie vor finanziell unterstützt wurde, die wasserläufigen Verbände. Am 1. Mai 1926 wurde er von Oberleutnant a. D. Klinck, der als Konstrukteur der Hittlerischen Putschorganisationen tätig gewesen war, abgelöst. Auch dieser wird von der Marineleitung unterstützt. Nachdem der Hittlerputsch niedergeschlagen war, richtete sich die Wut gegen Seekt. Nach der eigenen Aussage eines Mannes, der als Oberleutnant von Bergen vorgestellt worden war, in Wirklichkeit aber Günther hieß, bekam dieser und ein gewisser Brühl den Auftrag, mit einer sogenannten Gasbombe den General Seekt zu beseitigen.

Sie wissen, daß dieses Attentat erfreulicherweise nicht zur Ausführung gekommen ist, aber Sie wissen wahrscheinlich nicht, daß dieser Günther bis auf den heutigen Tag von der Marinestation Kiel unterstützt wird. (Lebhaftes Hören, hört, hört links.) Abg. Hoß (Soz.) ruft: Aber für die Erwerblosen ist kein Geld da!

Von den Rechtsverbänden kommen neuerdings in der Hauptsache in Betracht: der Bund für Freiheit und Recht, der sich zeitweilig auch Jägerbataillon und Freischärler nennt, außerdem die sogenannten Kleinkaliberschützenorganisationen. Diese Verbände stehen in enger Verbindung mit der Reichswehr. In beiden Organisationen muß ein Eid geleistet werden. Dabei werden die Leute in den Glauben verlegt, daß sie den Eid der Reichswehr leisten, die in all diesen Dingen eingeweiht ist. Der Eid schließt mit den Worten: „Wage um Auge, Zahn um Zahn! Den Leuten wird gesagt: Jedes Ausplaudern irgendwelcher Vorgänge bei der Organisation ist Landesverrat und wird entsprechend bestraft. Außerdem sind die Leute bei der OC angemeldet, d. h. bei einer Mordorganisation, eine Freieinrichtung. Es wird ihnen gesagt, daß sie bei einem Verrat um die Ecke gebracht würden.“

### Die Kleinkalibrigen.

In Helsen-Affau ist das Kleinkaliberschützenwesen ganz außerordentlich stark entwickelt und nach dem, was in dem Blatt der französischen Rheinarmee, dem „Rapport“, darüber mitgeteilt wird, arbeiten diese Leute mit ausführlichen Stammbäumen und Karteien. Die Leiter werden mit Namen genannt, sie sind zum Teil in Würzburg, zum Teil in Kassel ansässig. Minister Goerring hat einen scharfen Erlaß gegen die Organisation herausgegeben, leider scheint er nicht viel genützt zu haben. Seit dem Frühjahr 1926 ist eine neue Taktik eingeführt worden. Die Leute werden nicht mehr zu Übungen bei der Reichswehr eingezogen,

sondern man nimmt umgekehrt aus der Reichswehr Unteroffiziere und schickt sie in die Verbände, damit sie dort arbeiten.

Es ist fast nicht zu glauben, in welcher Weise sich bereits die Reichswehr und die Marine unter das Joch dieser Verbände gebeugt haben.

Ich bringe noch ein Beispiel aus Baden. Der Rittmeister a. D. Winterhamme r, Leiter der Kleinkaliberschützenverbände, machte einen Reichswehrlieutenant, wahrscheinlich war das in Konstanz, auf feierhaftes Verhalten seiner Organisation aufmerksam. Darauf wurde dieser Reichswehrlieutenant innerhalb weniger Tage nach Kolberg verlegt. (Hört, hört! links.) Es bestehen überhaupt die engsten Beziehungen zwischen den Kleinkaliberschützenverbänden und der Reichswehr. Das geht auch aus der Denkschrift des früheren Oberleutnants Wrahaun hervor, den man jetzt befehle zu schießen verurteilt. Dabei war er, der zum erstenmal eine nationale Organisation in Deutschland auf die Beine gebracht hat. Ich muß zugeben, daß alle seine Ideen einer idealen, einer nationalen Bestimmung entsprungen sind, so wie er sie aufschrieb, um mit Michaelis zu reden. Und er schuf diese Organisation in der Annahme, daß man doch einmal das ganze Volk zum Widerstand aufrufen müsse. Ich habe allerdings schon früher gesagt, daß das letztgenannte Vorhaben ist. Dieser selbe Mann ist erst dann umgeschwenkt und zurückgeschreckt, als er sah, daß sehr viel nur so lautet, als ob sie gleich ihm national gesonnen seien, in Wirklichkeit den Mummenschanz aber nur mitmachen, um eines Tages den inneren Krieg zu entfesseln. Als er im Namen der Leitung des Jungb.-Ordens beim Reichswehrministerium vorstellig wurde, erklärte man ihm, daß Angaben über den Bund für Freiheit und Recht Belange der Reichswehr verletzten. (Hört, hört! links.)

Ich fasse zusammen: Es gibt Megale Gelder, Megale Unternehmungen, Verbindung der Reichswehr mit rechtsradikalen Verbänden, Anstellung schießender Offiziere im Zivilistenverdrag. Reichswehroffiziere, die als Sportlehrer tätig sind.

### Die Sowjetgranaten der Reichswehr.

Ueber die Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ wegen der Verbindung der Reichswehr mit Russland und der Lieferung von Munition werde ich im einzelnen nicht reden. (Rufe bei den Komm.: Raus! Raus mit dem Niederwisch!) Ich habe ausdrücklich gesagt: In Einzelheiten! Der „Manchester Guardian“ ist ein durchaus lokales, anfängliches Blatt. (Widerspruch bei den Komm. und Rufe: Ireland!) Ich bin davon überzeugt, daß allerdings die Mitteilungen des „Manchester Guardian“ über Unternehmungen in Irland Whantosen sind. Es ist ein ganz bescheidener Versuch gemacht worden, offiziell diese Dinge zu demontieren. Leider ist einem jeden dieser Dementis nicht mehr Gewicht beizulegen, als dem Dementis der Reichswehr, daß niemals ein Hofenspatzen in einer Beziehung zu ihr gefanden hätte. (Sehr wahr links.) Es hat allerdings eine Zeit gegeben, in der von der Entente verbotenerweise verboten war, in Deutschland Munition herzustellen. Daß die Reichswehr bemüht gewesen ist, sich Munition zu verschaffen, ist unter diesen Umständen durchaus verständlich. Was müssen das für Gedanken gewesen sein bei der Reichswehr: Herrgott, es könnte einem kommunistischen Putsch geben, und wir haben keine Granaten. (Lachen bei den Komm.) Hätte die Reichswehr etwa Granaten von der Berliner Filiale der Kommunisten beziehen lassen?

Aus Stettin werden uns von absolut zuverlässiger Seite Mitteilungen gemacht, wonach die Transporte der russischen Munition auf mehreren Schiffen erfolgt sind, die Ende September und Anfang Oktober aus Benningrad angekommen sind. Sie gehörten der Stettiner Dampfercompagnie. Sie hießen „Göteborg“, „Rastenburg“ und „Gadberg“. Ein weiteres Schiff, dessen Namen ich nicht kenne, ist untergegangen. Die Schiffe wurden bei Stettin geblüht und dann die Ladung in Eisenbahnwagen verladen. Die beteiligte Firma verpflichtete ihre Arbeitsleute zur Verschwiegenheit.

Die kommunistische Hofenspatze war, wie uns mitgeteilt wird, von all diesen Vorgängen genau unterrichtet. (Lachen bei den Komm.) Jedenfalls steht fest, daß die kommunistische Zeitung in Pommern über alles mögliche berichtet hat, aber niemals über diese Schiffe.

Wir können Ihnen (zu den Kommunisten) auch sagen, was drin war, die Ladung war deklariert als Rantellen und Aluminium. (Lachen bei den Komm.) Der Vertrag mit der Firma wurde im Februar 1923 getätigt, während der Junkers-Vertrag bereits im März 1922 abgeschlossen worden ist. Von 1923 bis 1926 befand dann die Gesfu, die die Aufgabe hatte, in Russland Einrichtungen zur Herstellung und Füllung von Gasgranaten zu schaffen, woran eine bekannte Hamburger Gemische Fabrik beteiligt wurde. (Lachen bei den Komm.)

### Republikanisierung der Reichswehr!

Ich will die aus den geschichtlichen Zuständen erwachenden Gefahren nicht überstreben. Ob zentralistische oder föderative Republik, unter welcher Dynastie, unter welchem Monarchen, Faschismus oder sonstwie, darüber herrscht ein buntes Durcheinander. Solange das Schiff der Republik die genügende Tragkraft hat, ist nichts zu befürchten, aber kommen einmal bewegte Zeiten über uns, dann wird eine bewaffnete Macht, die der demokratischen Republik feindselig gegenübersteht, zur ungeheuren Gefahr.

Die Republik braucht eine bewaffnete Macht, auf die sie sich unter allen Umständen verlassen kann. Wir können unmöglich zustande dulden, die der Errichtung des Joles einer wirklich demokratisch-republikanischen Reichswehr entgegensteht, das wäre ein Verbrechen am deutschen Volk. Daraus brauchen wir eine Reform der Reichswehr.

Wir wollen eine Reichswehr, die nicht nur mit einem Teile des Volkes fraternisiert, gerade mit jenem Teile, der sich mit den neuen Verhältnissen noch nicht abgefunden hat, wir wollen eine Reichswehr, auf die das ganze Volk mit Vertrauen blicken kann. Wir glauben Ihnen den Weg zeigen zu können, auf dem wir eine zuverlässigere Reichswehr bekommen können, und wir haben uns mit der Regierung schon vor einigen Tagen in Verbindung gesetzt, indem wir bestimmte Forderungen aufstellten, von denen wir überzeugt sind, daß ihre sofortige Durchführung möglich ist und ein guter Anfang wäre, um die Reichswehr zu dem zu machen, was sie sein sollte.

### Wir verlangen

erstens: Strikte Durchführung des Verbotes jeder Verbindung von Reichswehr und Marine mit rechtsradikalen Verbänden; Entlassung der Offiziere, die dieses Verbot überschreiten. Zweitens: Das Verbot der Annahme jeglicher Spenden aus Privatfreien. Alle der Reichswehr zur Verfügung stehenden Gelder müssen etatförmig sein. Wir verlangen ferner einen Einzelnachweis der pensionierten Offiziere und der sonstigen Offiziere, die auf Privatdienstvertrag bei der Reichswehr und Marine angestellt sind, nach Namen, Standort und Art ihrer Beschäftigung und gründliche Aufklärung über die Höhe ihrer Entschädigungen. Drittens verlangen wir eine Kontrolle über den künftigen Heeresersatz durch Zivilkommissare unter Beteiligung der unteren Verwaltungsbehörden. Die geheimen Rüstungen werden sofort betrieben. (Zwischenschreie von der Rechten.) Die militärischen Sachverständigen sind sich darü einig, daß das erzwungene Deutschland keinen Krieg führen kann, und daß darum durch die geheimen Rüstungen nichts geändert wird.

Die geheimen Rüstungen schädigen uns im Zustande und zwingen zu Eile und Hast. Wenn die Welt erst dahinter kommt, wird sie sagen, daß ein solcher Partur nichts nützen kann, daß man ein anständiges Volk zum Partner braucht. (Von rechts wird ein beleidigender Juruf gemacht.)



# Die Schrecken des Faschismus.

## Blutiger Kampf in Genua. — Das Schicksal Südtirols.

Ich könnte Ihnen (nach rechts) etwas an den Kopf werfen, aber ich tue es nicht. Sie sind es nicht wert! Die Gegner der Abrüstung im Ausland berufen sich fortgesetzt darauf, daß Deutschland die Entwaffnung nur scheinbar durchführt. (Widerspruch rechts.) Fragen Sie nur Herrn Stresemann, der immer auf diese Schwierigkeiten stößt. Das Ausland findet immer neue Gründe für das Betrüben, wobei wir den kürzeren ziehen. Was man als Rationalbolshewismus bezeichnet, ist ein Produkt, das nirgends anders in der Welt als bei uns entstehen kann. Leider ist unser Volk trotz der schweren Lasten noch immer sehr unpolitisch geblieben. Wir verlangen bindende Garantien, daß das geheime Rüstungsüßer. Zu Russland wünschen wir ein gutes Verhältnis, aber es muß ehrlich und sauber sein. (Sehr wahr bei den Sozialisten.)

Es ist kein ehrliches und sauberes Verhältnis, wenn Russland die Weltrevolution predigt und zugleich die deutsche Reichswehr bewaffnet. (Lachen rechts.)

Die Reichswehr soll zu einem Instrument der Weltrevolution gemacht werden, andererseits soll sie kommunistische Zustände niederschlagen. Es ist kein ehrliches und sauberes Verhältnis, wenn man gleichzeitig mit den Kommunisten und Offizieren der Reichswehr Druckstücke austauscht. Wer das tut, ist verdächtig, daß er mindestens einen von beiden betrügt. Wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, die Reichswehr aufzubauen, würde sie ganz anders aussehen als heute. (Lache bei den Kommunisten: Sie waren doch Reichsanzler!) Wissen denn die Kommunisten nicht mehr, wie sie die Arbeiter als Schutze behandelt haben, die in die Reichswehr eintreten wollten? Wir wollen gern Moskaus Freunde sein, aber wir wollen nicht Moskaus Narren sein. Keine Sowjetmission mehr für deutsche Gefährten (Wärm bei den Kommunisten.) Der Weg zu dem, was wir für notwendig halten, ist weit, es kann nicht alles an einem Tage gemacht werden. Wir sind bereit, in der Regierung oder draußen sachliche Mitarbeit zu leisten. Jedenfalls muß ein Anfang gemacht werden, und zwar an der Spitze. An der Spitze steht Herr Schuler im siebenten Jahr. (Wärm und Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Das Resultat seiner Arbeit habe ich gezeigt. Wer solche Zustände verantworten kann, mag es tun, wir lehnen es ab. (Zwischenrufe bei den Kommunisten. — Präsident Löbe: Herr Creuzburg, überschreiben Sie doch nicht immer den Redner.) Wir lehnen es ab, deshalb entziehe meine Partei ganz ausdrücklich dem Minister Gehlert das Vertrauen. (Lache bei den Kommunisten: Bloß dem?) Die Reform der Reichswehr ist aber nur durchzuführen, wenn die Regierung aus wirklich zuverlässigen Republikanern zusammengesetzt ist. Eine wirklich republikanische Regierung würde sehr schnell eingreifen. Wir haben uns in der neuesten Zeit bereit erklärt, in die Regierung einzutreten. (Abg. v. Graefe: Nicht lange, dann wieder draußen, Sie waren ja schon mal drin.) Die jetzige Situation ist durch das Verschulden des Herrn Dr. Scholz hervorgerufen. Wir wünschen nach wie vor die Neubildung einer Regierung. Den verfassungsmäßigen Weg, die Neubildung zu verlangen, zeigt der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Antrag: Man entzieht dem Kabinett das Vertrauen. Wir werden diesen Antrag stellen und hoffen, daß er Annahme finden wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Reichskanzler Dr. Marx

gibt folgende Erklärung ab: Entsprechend ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Reichswehr fällt es der Reichsregierung nicht schwer, zu den Wünschen Stellung zu nehmen, die in bezug auf die Reform der Reichswehr in der Öffentlichkeit laut geworden sind. Mit der überwältigenden Mehrheit des Reichstags ist die Reichsregierung der Ansicht, daß die Schlagfertigkeit der Wehrmacht der Republik und ihre Zusammenhalt erhalten werden müssen. Eine Politisierung der Reichswehr lehnen wir ab. Vielmehr wird die ganze Schulpflicht und Erziehung der Reichswehr nach wie vor auf die Treue zur bestehenden republikanischen Staatsform und zur Pflanzung der gegenüber der verfassungsmäßigen Gewalt abgestellt. Der Einleitung von Elementen, die sich nachweislich verfassungswidrig betätigt haben, in die Reichswehr werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Unser Ziel ist, die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern in den Parlamenten in Stadt und Land und der Reichswehr immer inniger zu gestalten, um das in manchen Kreisen bestehende Mißtrauen zu beseitigen. Dazu gehört auch, daß sich der Ersatz der Reichswehr aus allen Bevölkerungsschichten und allen Teilen des Reiches zusammensetzt. Denn die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist. Dies vorausgesetzt, habe ich zu den einzelnen Beschwerden folgende Ausführungen zu machen:

1. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit und durch scharfe Befehle das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen sog. Wehrcorps in erster Linie gehören, verboten. Diese Bestimmungen werden strengstens durchgeführt, und Zuwiderhandlungen sollen im Rahmen der bestehenden Gesetze und Bestimmungen streng geahndet werden.

2. Die Frage von Geldspenden unterliegt zurzeit einer Neuregelung, nach der die Annahme von privaten Geldspenden jeder Art der Zustimmung des Ministers bedarf.

3. Eine Nachweisung der auf privaten Vertrag beim Reichsheer angestellten Personen kam dem Reichstag auf Wunsch bis zum Ende des Jahres vorgelegt werden.

4. Die Bestimmungen für das Ersatzwesen im Heere sind auf Grund des ihm im Heeresgesetz verliehenen Befehlungsrechts vom Herrn Reichspräsidenten im Jahre 1921 erlassen. Es wird zurzeit geprüft, ob und inwieweit Veranlassung vorliegt, dem Herrn Reichspräsidenten Änderungen in diesen Bestimmungen vorzuschlagen. Die unteren Verwaltungsbehörden werden übrigens schon jetzt zwecks Austunftsregelung weitgehend in Anspruch genommen.

Wenn ich zum Schluß der Rede des Herrn Abg. Scheidemann komme, so kann ich über diese Rede nur mein tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen. Wenn ich hier auf Einzelheiten und einzelne Vorgänge, die Herr Scheidemann in seiner Rede vorgetragen hat, nicht eingehen, so habe ich damit in keiner Weise die Richtigkeit derselben anerkennen wollen. Jedenfalls liegen sie soweit zurück, daß ich namentlich für die „Gefu“ — und haben sich unter so anders gearteten Verhältnissen vorgetragen, daß ich ihr Vorbringen heute in keiner Weise für richtig erachten kann. Ich muß im übrigen mein stärkstes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß eine große Zahl von Einzelheiten hier vorgetragen worden sind, die erst vor kurzem der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht worden sind. Es ist die Prüfung alles Vorgetragenen und Mitteilung des Ergebnisses zugelegt worden. Ich muß es dem Gedächtnis des einzelnen überlassen, das Vorbringen dieser Sachen an dieser Stelle zu bewerten, ehe die Prüfung stattgefunden hat. (Lebh. Beifall rechts und in der Mitte.) Die eingeleitete Untersuchung hat übrigens bereits jetzt die Unrichtigkeit einer ganzen Anzahl der mitgeteilten Vorgänge ergeben.

Diese einseitige Darstellung, wie sie der Vorredner beliebt hat, wirkt auf die Zustände in unserer Reichswehr ein durchaus falsches Bild. Gerade gegenüber dieser Sachlage und da in den letzten Wochen und Monaten ja überhaupt unsere Wehrmacht zahlreichen Angriffen ausgesetzt gewesen ist, und da in der Öffentlichkeit Stimmen laut geworden sind, die an ihrer Zuverlässigkeit zweifeln, halte ich es für eine selbstverständliche Pflicht, zu erklären: Die Reichsregierung befragt einen solchen Zweifel nicht. Sie ist sicher, daß die Wehrmacht in jeder Lage ein sicheres Instrument des Staates ist. Dies hier auszusprechen und der Reichswehr für die stille und selbstlose Arbeit im Dienste des Vaterlandes zu danken, ist mir in dieser Stunde Pflicht und Bedürfnis. (Lebhafte Beifall in der Mitte und rechts. Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

Abg. v. Guérard (S.) beantragt namens der Regierungsparteien, eine Pause von einer Stunde zu machen.

Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialisten so.

(Schluß des Berichts in der 2. Beilage.)

Vor einigen Tagen schoß auf der Straße in Genua ein Offizier der Faschistenmiliz einen Infanteristen nieder, weil dieser den Oberfaschisten nicht gegrüßt hatte. Die Offiziere und Kameraden des Niedergeschossenen erklärten, als sie diese Nachricht erhielten, daß sie ihre Kasernen nicht verlassen würden, bevor nicht die Faschistenmiliz von allen Straßen, öffentlichen Plätzen und Straßen verschwunden sei. Daraufhin marschierten die Faschisten brüllend vor die Kasernen und begannen die Fenster zu beschleichen. Die Folge war, daß die reguläre Truppe auf die Straße heraustram und das Feuer erwiderte. Die Faschisten rissen sofort aus, aber dreißig von ihnen lagen bereits tot oder schwerverwundet auf dem blutigen Pflaster. Auch zwei Offiziere und drei Soldaten der Armee wurden getötet.

Die Ruhe kehrte in Genua erst spät abends wieder ein, als man sämtliche reguläre Truppen in der ganzen Provinz Ligurien herbeigerufen hatte. Der Presse wurde die Berichterstattung über diese Schlacht verboten; erst durch die Aufforderung eines Faschistenblattes in Genua, für die Familien der getöteten Faschisten Geld zu spenden, kam die Kunde in die Öffentlichkeit.

### Die Provinz Bozen.

#### Wie Südtirol „erlöst“ wurde.

Während das ehemals österreichische Südtirol, allerdings bis zum Brenner hinaus annektonisch erweitert, bis jetzt eine einheitliche italienische Provinz gewesen ist, hat man nun die deutschen Bezirke von Bozen und Meran zu einer eigenen Provinz Bozen gemacht, sie also vom italienischen Trentino administrativ getrennt. Ob das eine Besserung des Loses dieser Gebiete bedeutet, ist noch nicht zu entscheiden. Die folgende Schilderung ist noch vor dieser Reform geschrieben:

Mit den „Erlösten Provinzen“ bezeichnet Italien die nach dem Weltkrieg ihm zugefallenen Gebiete. Insbesondere wurde schon lange vor dem Kriege für das damalige österreichische Trentino, dem von Romanen bewohnten Teil Südtirols, die Parole der „Erlösung der Brüder im Norden“ ausgegeben. Die irredentistische Agitation im Trentino hatte den Anhang hauptsächlich in der Stadt Trient oder Trento. Landbevölkerung, Arbeiter und Fremdenindustrie waren im allgemeinen gegen eine Loslösung von Österreich, das Obst und Wein abnahm, während in Italien diese Südtiroler Produkte viel schwerer abzusetzen sind.

Als im Kriege die Neutralität Italiens immer kritischer wurde, bot die österreichische Regierung Italien das Trentino als

Kaufpreis für weitere Neutralität an. Leider zu spät. Italien hatte von den stetig wachsenden Alliierten kurz zuvor durch den Londoner Vertrag ein verlockendes Angebot erhalten. Es sollte mit an der Zentrümmerung Österreichs arbeiten, im Falle des Sieges außer anderem nicht nur das Trentino, sondern auch das ganze deutsche Südtirol bis zum Brenner erhalten. Zum Unglück für das deutsche Südtirol, das an Italien fiel, und das während des habsburgischen Regimes immer in einer gewissen Abseitigkeit mit dem Trentino leben mußte, wurde es mit diesem in eine italienische Verwaltungsprovinz gesteckt. Hierdurch wurde dem trentinischen Nachgebanten das weiteste Spielfeld gewährt.

Wie bald stellte sich da im Trentino ein allgemeiner Nahrungsmittel ein! Zu den Kriegsverwüstungen gesellte sich ein enormer Steuerdruck, Arbeitslosigkeit, Konkurrenz im eigenen Lande. Gewohnt, im Staate eine Rolle zu spielen, konnte sich der Trentiner nur schwer der römischen Zentralregierung, die alles über einen Kamm schert, fügen. Seine Sonderinteressen fanden keine Berücksichtigung, schmähtlichen Verordnungen, vielleicht für den sizilianer Bürger geeignet, mußte er sich beugen. Das Land der Freiheit, das ihm goldene Berge versprochen hatte, brachte ihm Handschellen und Armut. Mit stiller Behmut gedenken alle Trentiner ihrer ehemaligen kleinen „Republik“ im österreichischen Völkergemischel, an jene Tage, wo deutscher Fleiß und deutsche Organisation mißfiel, die Schätze des Landes zu heben, wo der Weinexport blühte und der Gardasee und die Dolomitenwelt einen Strom guten Geldes einbrachten. Ausgerichtet sind bössartige Zollbrücken, Bisum, Poh; Aufenthaltsschwierigkeiten und das ganze Lohwabohu des politischen Theaters vorleben dem Fremden heute das Trentino; rafft er sich schon dazu auf, bleibt er im deutschen Südtirol. Der Haupterwerb des Landes, Wein und Fremdenindustrie, liegt brach.

Diese bittere Erkenntnis kann der Trentiner heute aber dafür in fanatischem Uebernationalismus ersfinden. An Stelle wirtschaftlicher Erwägungen tritt heute in ganz Italien das nationalpolitische Element. Es ist ein großes nationalistisches Baden in Ueberschwenglichkeit, ohne Rücksicht auf das Individuum, demend dem herausgehenden Gedanken eines Großitaliens — einer römischen Großmacht.

Der Trentiner ist, statt zu zufriedener Wohlstand zu gelangen, zum verarmten Knecht einer mittelalterlichen Folterregierung geworden. Die Stunde der parabolischen Freiheit hatte zu früh geschlagen, es harren heute mit ihm noch Millionen Reichsitaliener der endlichen „Erlösung“.

### Die Reichsfinanzen im November.

#### Die Durchführung der Besitzsteuergesetze.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums über die Steuer- und Zolleinnahmen des Reiches sind im Monat November insgesamt 625,3 Millionen Mark aufgenommen. Die wichtigsten Einzelergebnisse, sowie die Gesamteinnahmen in den Monaten April bis November 1926 ergeben sich aus nachstehender Uebersicht:

Einnahmen aus	Novemb. 1926	April/Nov. 1926	April/Nov. 1925	Wehr (+) weniger (-)
		in Millionen Reichsmark		gegen 1925
Gesamtaufkommen	625	4726	4796	-70
Massenbelastung	374	3068	3499	-431
Lohnsteuer	88	724	989	-265
Umsatzsteuer	68	577	1002	-425
Beförderungsteuer	27	214	284	-90
Zölle	77	567	878	-311
Tabaksteuer	78	448	399	49
Zuckersteuer	80	187	187	0
Brandweinsteuer	19	126	86	40
Befuhrbelastung	253	1658	1297	361
Einkommensteuer	72	762	553	209
Körperschaftsteuer	17	283	136	147
Vermögenssteuer	74	300	149	151

Die von der Konjunktur abhängigen Massensteuern zeigen eine leichte Erhöhung des Aufkommens. Der Ertrag der Lohnsteuer mit 98 Millionen ist gegenüber dem tiefsten Stand vom Februar 1926 um rund 10 Millionen gestiegen und die Umsatzsteuer weist eine ähnliche Zunahme auf. Zölle, Tabaksteuer und Zuckersteuer halten sich auf ihrem hohen Stande. Insgesamt sind aus Zöllen und Verbrauchssteuern rund 223 Millionen aufgenommen.

Weitere wichtige Aufschlüsse erhält man, wenn man an Hand der Tabelle das Gesamtergebnis der bisher abgelaufenen acht Monate des Rechnungsjahres 1926 mit dem entsprechenden Teil des Rechnungsjahres 1925 vergleicht. Während das Gesamtaufkommen in diesem Jahre nur um 70 Millionen niedriger ist, ist in der Zusammenlegung der Erträge eine wesentliche Verschiebung eingetreten. Das Aufkommen aus der Massenbelastung ist um insgesamt 431 Millionen Mark geringer, das aus der Befuhrbelastung um 361 Millionen Mark höher als im Vorjahre. Entsprechend ist der Anteil der Massenbelastung am Gesamtaufkommen von 73 Prozent auf 63 Prozent gesunken.

Man darf allerdings aus dieser Entwicklung keine voreiligen Schlüsse ziehen, denn die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Massenbelastung und Befuhrbelastung erklärt sich zum Teil aus einer Verschiebung in den Veranlagungsterminen, sowie durch den Einfluß der Wirtschaftskrise auf Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Beförderungsteuer. Darüber hinaus wirken sich aber zwei Umstände von grundsätzlicher Bedeutung aus: 1. der teilweise Abbau der Massenbelastung durch Senkung der Umsatz- und der Lohnsteuer, der durch die steigenden Erträge aus den Zöllen und Verbrauchssteuern nicht wieder wettgemacht worden ist, und 2. die erstmalige ordentliche Veranlagung der Befuhrsteuern. Gerade von der Durchführung der Befuhrsteuergesetze wird es abhängen, ob aus ihnen oder wieder aus den Massensteuern die Ueberschüsse der Reichseinnahmen erzielt werden, die der Haushaltsausgleich in Höhe von 227 Millionen Mark in den Nachtragsetat eingestellt hat.

### Weihnachtsbeihilfen in Sachsen.

#### Ein SPD-Antrag gegen die Regierung angenommen.

Dresden, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der USPD angenommen, den Beamten, Behördenangestellten und Verwaltungsarbeitern des Staates die Weihnachtsbeihilfe in derselben Höhe und nach denselben Grundsätzen zu gewähren wie im Reich. Damit fiel ein Antrag der Sozialdemokratie, der forderte, daß die Weihnachtsbeihilfe auch den Angehörigen der Angestellten und Arbeitern der

Staatsbetriebe gewährt werden sollte, und nach dem die Weihnachtsbeihilfe nur solche Beamten erhalten sollten, die nicht mehr als 400 M. Grundgehalt erhielten.

Dann stand ein Antrag der Sozialdemokratie auf der Tagesordnung, der forderte, daß zur Gewährung für Beihilfen für Klein- und Sozialrentner, Kriegsbekämpfte, sonstige Fürsorgeberechtigte und Erwerbslose 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt würden. Der Finanzminister Dr. Dehne, der der demokratischen Fraktion angehört, erklärte, daß er die 10 Millionen Mark nicht aufbringen könne. Der Landtag möge beschließen, was er wolle. Am Tage vorher hatte der Finanzminister im Haushaltsausschuß mitgeteilt, daß der sächsische Staatshaushalt einen Fehlbetrag von 97 Millionen Mark aufweise und in der Staatskasse kaum sozial Geld vorhanden sei, daß er die Januargehälter der Beamten auszahlen könne. Trotzdem wurde der Antrag mit 52 gegen 41 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten nicht nur die sozialdemokratische und die kommunistische Fraktion, sondern auch die vier Abgeordneten der Partei für Volksrecht und Aufwertung, die Abgeordneten der Alten Sozialdemokratischen Partei und die zwei Nationalsozialisten.

### Juristische Beleidigungstaxe.

#### Wieviel Reichspfennige kostet eine Beleidigung der Republik?

In Plauen erscheint ein völkisches Wochenblattchen, das sich „Völkische Nachrichten für Westsachsen“ nennt. Der verantwortliche Redakteur der Hittler, ein Herr Hittler, stand jüngst wegen Gotteslästerung und Beleidigung der deutschen Republik vor dem Strafgericht. Die Sache ist nebensächlich, aber das Urteil des Gerichts scheint doch recht interessant. Die Gotteslästerung wurde mit 200 Mark Geldstrafe geahndet, die beschimpfte Republik dagegen mit nur 50 deutschen Reichsmark einschätzt. Der liebe Gott sieht bei dem sächsischen Richter in Plauen immerhin einmal so hoch im Kurs als die „Judensrepublik“, wenn auch er nicht sonderlich hoch rubriziert.

### Kommunistische Brüderlichkeit.

#### Thälmann fordert Volksevidenz gegen die Opposition.

Moskau, 15. Dezember. (DE.) Die nunmehr zum Abschluß getommene Tagung der Komintern hat der Parteiopposition nicht nur den erhofften Erfolg nicht gebracht, sondern die feindliche Stimmung gegen die Opposition wesentlich verschärft, wie die Sowjetpresse beweist. Die „Pravda“ sagt, daß die Oppositionsführer jetzt den letzten künftigen Rest an Vertrauen bei der Partei verloren hätten. Besonders scharf erklärt die „Leningradskaja Pravda“, daß die kommunistische Parteil dieses Hineintragen der Streitigkeiten in die Komintern nicht dulden könne noch werde. Die schon oft geschlagene Opposition werde jetzt endgültig geschlagen werden; in der Arbeiterschaft erhebe sich „eine breite Welle des Protestes“ gegen die Opposition und ihre Taktik. Nicht nur in Moskau und Leningrad, sondern auch in vielen Provinzstädten werden die üblichen Entrüstungskundgebungen veröffentlicht. Viel besprochen wird eine Wendung in einer während der Tagung gehaltenen Rede Thälmanns, der gegen die Zerstückelung der Einheit, d. h. gegen die Opposition „bolschewistische Rücksichtslosigkeit“ proklamierte.

Das Befinden des Genossen Jubel ist noch immer gleich ernst. Der Erkrankte ist äußerst schwach, doch scheint das Bemühen wiederzukehren zu sein.

Motta wieder Bundespräsident. Die Schweizer Bundesversammlung hat mit 155 von 165 gültigen Stimmen den bisherigen Vizepräsidenten des Bundesrats, Giuseppe Motta, zum Bundespräsidenten für 1927 gewählt, zum Vizepräsidenten den Bundesrat Schultze.







# Der Erwerb von Düppel-Dreilinden.

## Grundsätzliche Zustimmung der Linken im Stadtparlament.

Der Streit um den Erwerb von Düppel-Dreilinden erreichte gestern in der Stadtverordnetenversammlung seinen Höhepunkt in einer Abrechnung mit Stadtrat Busch, dem Dezernenten der städtischen Grundstücksverwaltung, der bei den Erwerbsoverhandlungen ein sonderbares Spiel mit verdeckten Karten getrieben hat. Er hat so gespielt, daß auch die Stadtverordnetenversammlung über wichtige Dinge im Unklaren blieb und erst im letzten Augenblick den vollen Sachverhalt erfuhr. Das wurde Herrn Busch gestern von dem sozialdemokratischen Redner, Genossen Lohmann, sehr deutlich gesagt, aber die Tatsache, daß der Erwerb zweckmäßig und notwendig ist, bleibt bestehen. Diesen Standpunkt nahm auch die kommunistische Fraktion ein, die wie die sozialdemokratische Fraktion dem Erwerb zustimmte. Um die erforderlichen Sicherungen zu schaffen, daß die notwendige Abrundung des angebotenen Geländes durch Hinzukauf des Gutshofes und des Jagdschlosses erfolgt und die Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig über die Finanzierung des ganzen Kaufes sowie über die Regelung der Verwaltung des erworbenen Gebietes mitreden kann, wurde von der sozialdemokratischen Fraktion eine entsprechende Abänderung des Ausschlußbeschlusses beantragt. Mit diesen Bedingungen gab die Linksmehrheit ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Erwerb, der sich nicht umgehen läßt, wenn das Gelände samt dem für die Volkserholung unentbehrlichen Wald vor der Bodenspekulation gerettet werden soll.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten beantwortete zunächst Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski eine Anfrage der Kommunisten wegen der

### Scharlachkrankungen.

die in letzter Zeit in auffallender Weise in Berlin beobachtet wurden. Der Stadtmedizinalrat stellte fest, daß Berlin mit seinen Erkrankungsfällen durchaus keine Sonderstellung einnehme. Vielmehr zeige sich in ganz Deutschland eine Neigung der Scharlachkrankungen. Ganz besonders ist Oberbayern in Mitleidenschaft gezogen. An dieser Erkrankungswelle ist nun auch Berlin beteiligt. Es handelt sich nach Feststellungen der Sanitätsbehörden um keine Epidemie; es zeigt sich kein eigenartiger Kern, von dem die Erkrankungen ausgehen könnten. Die Sterblichkeit ist gering, die Fälle leichter Natur. In Berlin haben besonders die Wanderarbeiter als Krankheitssträger gewirkt und neue Gefahren gebracht. Diese Wanderarbeiter werden erfassungsgemäß immer im Winter vom Lande nach Berlin abgeschoben. Der Magistrat hat sich mit den maßgebenden Behörden wegen dieser Unzureichlichkeiten in Verbindung gesetzt und auf Abhilfe gedrungen. Im übrigen haben Schutzimpfungen die Krankheitsfälle zum Stehen gebracht, neue Erkrankungen sind nicht zu verzeichnen. Der Redner teilte noch mit, daß das Infektionshaus des Waisenhauses in Rummelsburg für Scharlachkrankheiten Kinder Raum geschaffen hat und daß alle verdächtigen Kinder behandelt werden können. Desinfektionen und Untersuchungen in den Schulen sind weiter als Maßnahme zur erfolgreichen Bekämpfung der Krankheit ausgeführt und auch weiter vorgesehen. Damit war die Anfrage erledigt. — Eine Anfrage der deutschsozialistischen Partei wegen der Kündigungen von Laubentkolonisten bei Hasehorst (hinter Siemensstadt) wurde vom Magistrat dahin beantwortet, daß diese Kündigungen von den Deutschen Werken in Spandau ausgehen. Die Arbeiter hätten im Einverständnis mit den Werken das zuständige Schiedsgericht angerufen. — Dann bewilligte die Versammlung gemäß einer Vorlage des Magistrats eine

### Sonderunterstützung für das Orchester und das Sinfonieorchester.

Nach dem Bericht des Genossen Hatau aus der Kunstdeputation befinden sich beide Orchester in großer Notlage, die von den sogenannten Konzertorganisationen noch ausgebeutet und pestifiziert wird. Eine große Mehrheit bewilligte den Philharmonikern 90 000

und dem Sinfonieorchester 33 000 M. Die Orchester sind verpflichtet worden, als Gegenleistungen billige Volkskonzerte zu veranstalten. — Die Zentrumsfraktion hatte in einem Antrag verlangt, daß der Magistrat Schritte unternehmen soll, um die durch die

### Verlängerung der Polizeistunde

hervorgehobenen Missetaten zu beseitigen. Durch die Verlängerung sei in weiten Kreisen der Bevölkerung große Mißstimmung entstanden. Bei der außerordentlichen Unruhe im Sitzungslokal waren die Ausführungen der einzelnen Debattierenden auf der Presse-tribüne nicht zu verstehen. Nur soviel ist festzustellen, daß eine Ausschußempfehlung angenommen wird, nach der der Magistrat ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß das Rotgesetz vom 23. November 1923 eine baldige Abänderung dahin erfährt, daß die Polizeistunde sich leichter regeln läßt. Weiter soll der Magistrat geeignete Schritte zur Abstellung der existenzbedingenden Missetaten unternehmen und die Bedürfnisfrage für die Verlängerung der Polizeistunde erneut nachprüfen.

### Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hatte die Anbringung von Gedenktafeln für Casselle und Marx

an den von ihnen bewohnten Berliner Häusern verlangt. Nach einem Ausschußbericht, des Genossen Weinberg spricht namens der Deutschnationalen der satism bekannte Pfarrrer Koch. Was er vorbrachte, waren die bei ihm gewöhnlichen agitatorischen Redewendungen, die sich in der zugespitzten zynischen Form, in der sie stets vorgetragen werden, bei einem beamteten Vertreter der christlichen Kirche ganz besonders widerwärtig ausnehmen. Die Deutschnationalen haben es immer noch nicht über sich bringen können, in kulturellen Fragen einen anderen Redner zu bestimmen, als Herrn Pfarrrer Koch. Genosse Weinberg stellte fest, daß der Herr Pfarrrer seine Wissenschaft im Ausschuß nicht angebracht habe, hier aber aus dem Zusammenhang gerissene Zitate und Ausprüche Casselles gegen unsere Beurteilung von Casselles Wirken sprechen lassen möchte. Die von Koch eingebrachten Abänderungsanträge seien nicht ernst gemeint (wegen Pfarrrer Koch protestierte!) Unter Ablehnung aller deutschnationalen Abänderungs- und Zurückverweisungsanträge wird mit den Stimmen der Linken, der Demokraten und des Zentrums die Anbringung der Erinnerungstafeln beschlossen. — Einem Antrag der Linken, der monierte, daß der Magistrat für die Auszahlung der Weihnachtsgeldbescheide eine zu lange Beschäftigungsdauer der städtischen Arbeiter voraussetze, verlagte die Volkspartei die Dringlichkeit, so daß die Behandlung dieses Antrages mahrscheinlich erst — nach Weihnachten möglich sein wird. Der Antrag verlangte, daß als Stichtag für die Beschäftigungstarrenzeit der 15. November 1925 festgesetzt werde. — Ueber den

### Ankauf des Gutes Düppel-Dreilinden.

berichtete Genosse Gutschmidt aus dem Haushaltsausschuß. Der Berichterstatter kritisierte, daß die Vorlage verschweige, daß der Gutshof nicht in den Besitz der Stadt Berlin übergeht, weil die Gutsherrenrechte daran haften. Mühen gehen diese Gutsherrenrechte auch nicht auf Berlin über. Außerdem seien die Bedingungen, unter denen die für den Ankauf nötige Anleihe untergebracht werden muß, sehr ungünstig. Genosse Gutschmidt plädiert dann auf die Beseitigung des Zustandekommens der Anleihe ein und betonte dabei, daß der Vermittler ein Darlehen von 4,57 Millionen erhalten habe, und zwar unter für Berlin sehr ungünstigen Bedingungen. Eine Minderheit im Ausschuß habe das vom Berichterstatter Mitgeteilte zum Anlaß genommen, ihre Zustimmung zu der Vorlage zu versagen. Die Mehrheit erklärte sich aber aus verschiedenen Umständen, unter denen der fast abgeschlossene Kaufvertrag eine besondere Rolle spielte, grundsätzlich für den Ankauf der Herrschaft Düppel und der Kolonie Dreilinden. Nach dem Ausschlußbeschluss soll ferner vor Abschluss der Kaufverträge der Magistrat noch eine Vorlage zur Regelung der Verwaltung der zu bildenden G. m. b. H. machen und den gesamten Finanzierungsplan vorlegen. Weiter soll der Magistrat Schritte unternehmen, daß auch der Gutshof Düppel und das Jagdschloß Drei-

linden in den baldigen Besitz der Stadt Berlin kommt. Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Lohmann: Jeder, der um das Wohl der Stadt Berlin besorgt ist, sollte sich eigentlich für die Möglichkeit des Ankaufs des Gutes Düppel-Dreilinden mit seinem großen Land- und Waldbesitz begeistern können. Leider haben aber die Begleitumstände, unter denen der Ankauf zustandekommen soll, und die manchmal fast den Charakter einer Korruption annehmen, den Zustimmung den Entschluß sehr schwer gemacht. Erst sehr spät, nachdem sich die städtischen Körperschaften mit der Vorlage des Magistrats längt beschäftigt hatten, wurde bekannt, daß wertvolle Stücke des Gutes nicht mitverkauft werden sollten. Es handelt sich dabei ganz besonders um den Gutshof und die dabeiliegenden Parzellen, von denen früher mit keinem Wort die Rede war, daß sie von dem Kauf ausgeschlossen sein sollten. Auffällig ist auch, daß der jetzige Besitzer des Gutes es erst kaufen und mit schönem Gewinn an die Stadt weitergeben konnte, als er ein umfangreiches Darlehen von Berlin erhielt. In letzter Stunde hat sich auch erst herausgestellt, daß dieses Darlehen sogar nur als zweite Hypothek eingetragen wurde. Für all diese Machinationen tragen der Magistrat als Körperschaft und der Grundstücksdezernent Stadtrat Busch im besonderen die Verantwortung. Besonders Stadtrat Busch hat über das Darlehensgeschäft die Stadtverordnetenversammlung und den vorbereitenden Ausschuß bis in die allerneueste Zeit im Unklaren gelassen, wie auch jetzt erst bekannt wurde, daß von dem Darlehen sofort zwei Millionen Mark an den Prinzen Leopold zinslos abgetreten wurden. Nach den bisherigen Feststellungen sind bei dem ganzen Geschäft Zwischengewinne in Höhe von zwei Millionen erzielt worden, und das in der Zeit von anderthalb Jahren. Die sozialdemokratische Fraktion muß mit allem Nachdruck erklären, daß sie diese

### Politik der Unklarheiten nicht mehr mitmacht.

Wir haben nach dem, was vorgefallen ist, kein Vertrauen mehr zu Stadtrat Busch, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung des Grundstücksdezernates durch ihre schlechterdings eine Unmöglichkeit ist. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt ein Zusammenarbeiten mit Stadtrat Busch ab. Genosse Dr. Lohmann ging dann näher auf die

### Notwendigkeit des Ankaufs von Düppel-Dreilinden

ein. Wenn wir aus dem Gefühl heraus urteilen wollten, so müßten wir die Vorlage des Magistrats ablehnen. Aber die Notwendigkeit der Verneuerung von Land- und Waldbesitz im Eigentum der Stadt Berlin zwingt uns zur Annahme. Würde die Stadt Berlin nicht zugreifen, so fielen Düppel-Dreilinden sicher der privaten Bodenspekulation anheim. Es würde dem jetzigen Besitzer nicht schwer fallen, genug zahlungsfähige Käufer zu finden, die bei einer Parzellierung des Geländes noch höhere Preise zahlen würden, als Berlin jetzt zahlen muß. Damit wäre aber Düppel-Dreilinden der öffentlichen Bewirtschaftung — d. h. der Erhaltung als Dauerwald und Dauergrünfläche — verloren gegangen. Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten den Ankauf zustimmen, so verlangen wir andererseits als Sicherheit für eine weitere glatte und ordnungsmäßige Abwicklung des Geschäftes, daß der gesamte Finanzierungsplan vor abgeschlossenem Kaufvertrag der Stadtverordnetenversammlung nicht nur zur Kenntnisnahme mitgeteilt, sondern zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Wir verlangen auch, daß für die Gesellschaftsverträge, die etwa bei der Bildung einer G. m. b. H. nötig werden, die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eingeholt wird. Zum Schluss verlangen wir Sozialdemokraten, daß der Magistrat die notwendigen Schritte unternimmt, um den Gutshof Düppel und die anschließenden Parzellen und das Jagdschloß Dreilinden ebenfalls der Stadt zu sichern.

Nachdem Stadtverordneter Michaelis (Dem.) den Ankauf abgelehnt hatte und sich der Kommunist Schwend unter den gleichen Vorbehalten wie Genosse Lohmann für den Ankauf erklärt hatte, kam

### Stadtrat Busch

zum Wort. Er betonte einmündig seiner Ausführungen, daß er sich die Stellungnahme zu den Angriffen, die heute gegen ihn gerichtet

## Die Wunder der Klara van Haag.

40) Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

Der Professor hängt das Bild wieder an seinen Nagel. Neues Stück mit Donner, Heulen und namenlosen Geräuschen.

„Und das?“

„Dem Winter. Eis auf dem Belt.“

„Konnte es mir denken,“ nickte die Gnädige und sieht triumphierend den Professor an, der leicht gähnt.

„Jetzt kommt die Kirche,“ sagte Johan und er wölbt über sich einen großen Raum mit Luft, die von Orgelton und dem Klang schwerer Glocken ertönt.

„Sehr schön,“ sagte Frau Klara und will die natürlich wieder unverschämte Miene des Professors nicht sehen.

Johan hat sich offenbar Mut angepielt; nach einigen Bauerntänzen und etwas, das er Hasen nennt, stimmt er seine Geige auf eine zähe, selbstzufriedene Art. Dann beginnt er ein Stück, das die Gnädige als Schumanns Abendlied erkennt. Hier und dort gibt es Entstellungen; sie setzt sich so, daß sie die Tür versperrt, wenn den Professor Mordlust überkommen sollte. Ja, mordlustig darf er übrigens gern werden, statt zu gähnen und plötzlich Interesse an Bildern zu zeigen. Die Mordlust braucht nur niedergehalten und umgekehrt zu werden.

„Wie heißt das?“ fragte auf einmal der Professor.

„Anemonen im Walde,“ antwortet Johan und fährt fort. So, jetzt kommt es. Der Professor nähert sich mit kleinen, energischen Schritten. Nein, du kommst nicht vorbei, mein guter Hans Juhl!

Aber was ist das? Hans Juhl bleibt stehen, beugt sich nieder und flüstert etwas! Was in aller Welt flüstert er da für Unsinn?

„Glauben Sie, Hedwig kann uns Huhn zum Mittag verschaffen?“

Unverschämter Musikmörder. So ging es in der feinsten Musikvereins des Landes zu. Seufzend erhob Frau Klara sich, ging hinein und sagte: „Biesen Dank, das genügt. Der Professor wird jetzt darüber nachdenken und später sein Urteil abgeben.“

Ob Johan nicht jetzt mit dem Professor sprechen könnte. Ganz unmöglich, sagte die gnädige Frau und warf mit

einer Handbewegung Mist über die Sache. Da fuhr Johan sich über die Stirn, erst mit seinem Ärmel, dann mit einem schön zusammengelegten Taschentuch, legte die Geige in den Kasten, richtete sich auf, dankte, sagte Lebewohl, wusch sich sorgsam die Füße am Empirteppich ab und ging.

„Das Urteil hätte ich gut gleich sprechen können,“ sagte der Professor.

„Glauben Sie, ich will vor dem Frühstück ein Wort von Ihnen hören. Nein, wir wollen einen Spaziergang zusammen machen. Durch die Stadt oder durch den Wald. Wir wollen von alten Tagen reden. Wir wollen Sie milde stimmen.“

„Quatsch!“ fauchte der Professor. „Das Urteil ist gefällt, wenn es auch noch nicht verkündet ist.“

„Kommen Sie mit,“ sagte die Gnädige und hüllte ihn in ihr Lächeln ein.

Sie gingen durch die Stadt, wo die Leute an die Fenster sprangen, um sie zu sehen. Die Neugier auf ihren Gesichtern glück Entsetzen, weil ein Professor durch die Straßen ging. Sie wußten es ja alle, selbst der Stadtrat, der in Begleitung seines Hundes kam, wandte sich um, als er begrüßt hatte, und stellte mit Nachdruck fest, daß das, den Teufel auch, der Professor war. Kaufmann Lund kam mitten auf die Straße gestürzt mit einem Papier in der Hand.

„Guten Tag, Herr Professor — Herr Musikprofessor, sollte ich wohl sagen. Sie haben mehrere kleinere und zwei große Stücke geschrieben. Ja, wir kennen Sie gut — und Sie kennen mich auch.“

„Nein,“ sagte Hans Juhl.

Lund erblaute und stammelte: „Ach — ich trug einen Kammgarnanzug —“

„Ach — so! Das waren Sie!“ sagte der Professor, der fühlte, wie sein Arm hart gefaßt wurde.

„Ich dachte mir doch, daß Sie sich meiner erinnerten,“ sagte Lund froh. „Sie schielten mehrmals zu mir herüber. Besonders, als ich gina. Weißt Sie — das taten Sie. Ich sah es im Spiegel im Entree! Sie kennen ihn — Professor. Aber hier ist ein Ausschnitt aus einer Zeitung, von ihm geschrieben. Lesen Sie! Bitte, ich schenke es Ihnen. Keinen Dank! Es handelt sich — ja, lesen Sie es selbst. Er ist ein prächtiger Kerl, der Georg!“

Der Professor stand da, ließ das Papier in der Hand flattern und wußte sich keinen Rat. Aber die Gnädige rollte es hübsch zusammen und steckte es ihm in die Tasche.

„Aber wollen Sie nicht näher treten? Bitte, bitte!“

„Nein, vielen Dank, nein!“

„Bringen Sie ihn dazu, Frau Haag, bringen Sie ihn dazu. Sie sind doch schon in meinem Baden gewesen.“

„Nein, nein, Herr Lund, wir können nicht!“

„Kommen Sie! Ehen nur den Fuß hereinsehen, daß ich sagen kann: Der Professor war bei mir! Glauben Sie ja nicht, daß Geschäftsinteresse dahinter steckt! Durchaus nicht — obgleich es erlaubt wäre — für einen Kaufmann. Nein — beweisbar stecken nur edle Absichten dahinter. Wein und geschliffene Gläser stehen in meinem Kontor bereit, — für den Fall, daß Sie mit nach oben kommen, hat meine Tochter zwei von Ihren Stücken bei Buchhändler Dahlberg gekauft. Zwei wirklich hübsche Stücke mit einer Leiter darauf und Hans Juhl. Gar nicht so teuer!“

„Auf Wiedersehen, Herr Lund,“ sagte die Gnädige.

„Ja, ja, auf Wiedersehen, Frau Haag — aber es ist Ihre Schuld, daß er mitgeht. Er wollte selbst gern herein, und mit hinauf kommen — das kann ich ihm ansehen. Wollten Sie nicht, Herr Juhl! Sie schütteln den Kopf, aber nur aus Höflichkeit. Sie sind ein gebildeter Mann, Herr Juhl. Aber Ihr Kragen ist zwei Nummern zu klein. Besen Sie es heute nachmittag und schicken Sie es mir bei Gelegenheit zurück. Ich sammle nämlich sowas. Sörensen sammelt auch. Er sagt, Sie würden einmal viel Geld wert. Frau Haag wird Ihnen sagen, wer Sörensen ist.“

„Ach danke Ihnen,“ sagte Hans Juhl, als sie ein Stück weiter gekommen waren. „daß Sie mich verschonten. Heute ertrage ich keine Tiere mehr.“

Sie gingen weiter und kamen unter die Ulmen des Bahnhofsweges. Feuchte, starke Frühlingsluft schlug ihnen vom Belt her entgegen.

„Deresund,“ sagte der Professor.

„Sagen Sie das auch,“ meinte Frau Klara froh.

„Ja, jetzt sind Sie hier und ich komme mit dem Schiff zu Ihnen. Da muß es ja so sein, daß Anarrebby Helsingör und Jütland Schweden ist.“

„Es ist noch ein Stückchen Helsingör hier in der Stadt. Sehen Sie einmal das kleine Haus, zu dem wir jetzt kommen.“

„Ein Stückchen Helsingör, sagen Sie! Der Besitzer? Wer kann das sein?“

„Sie können es nicht raten. Erinnern Sie sich an Rasper Egholm? Er ist es, der hier wohnt. Wir können hineingehen und ihn begrüßen.“

(Fortsetzung folgt.)











### Die Not der älteren Arbeiter.

Der Anteil der älteren Arbeiter an der Zahl der Arbeitssuchen den nimmt, wie aus den Berichten verschiedener Landesarbeitsämter hervorgeht, von Tag zu Tag zu. Diese erschütternde Tatsache zeigt, wie dringend notwendig die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und vom V. V. Bund eingeleitete Aktion zum Schutz der älteren Arbeiter und Angestellten war. Seit den ersten Schritten der Gewerkschaften sind nun aber bereits mehrere Wochen vergangen, ohne daß man von irgendeiner Maßnahme der Reichsregierung hört. Wie lange will das Reichsarbeitsministerium an seiner Denkschrift über den geforderten Schutz noch arbeiten?

Wo die Not der älteren Arbeiter und Angestellten aus jeder Arbeitslosenstatistik schreit, ist es schwer zu verstehen, wozu erst noch Denkschriften fertiggestellt werden müssen. Warum trifft man nicht die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Maßnahmen?

### Die Angestellten der Krankenkassen.

Im Erholungsheim Bad Hünfelden tagte kürzlich der Reichsausschuh der Krankenkassenangestellten im Zentralverband der Angestellten. Er beschäftigte sich mit dem Dienstrecht der Angestellten der Sozialversicherung, mit der obligatorischen Prüfungsordnung für Brechen, der Fachausbildung und dem Reichstarifvertrag. Das Dienstrecht ist noch immer unregelmäßig, die Aufsichtsbehörden erlauben sich auf Grund der gesetzlichen Vorschriften in der Reichsversicherungsordnung alle möglichen Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen bei der Gestalt der Dienst- und Anstellungsverhältnisse ihrer Angestellten. Die Tagung erhob Einspruch gegen diese Übergriffe und verlangte eine beschleunigte gesetzliche Regelung des Dienstrechts.

Lebhafte Beschwerden wurden laut über das Vorgehen des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt in der Frage der Einführung einer obligatorischen Prüfung für die Krankenkassenangestellten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird festgestellt, daß weder rechtlich noch sachlich eine Veranlassung vorliegt, den Krankenkassen und den Kassenangestellten eine obligatorische Prüfung unter staatlicher

Aufsicht aufzuzwingen. Gegen diese erneute Beunruhigung der Kassen und ihrer Angestellten wird Protest eingelegt und verlangt, es den wirtschaftlichen Vereinigungen der Kassen und der Angestellten zu überlassen, ob sie Prüfungen einführen wollen oder nicht. In der gleichen Entschließung wird dagegen protestiert, daß dieses Ministerium den gesamten Aufsichtsapparat in Bewegung gesetzt hat, um durch die Krankenkassen und Versicherungsämter festzustellen, ob eine tarifliche Vereinbarung zwischen dem christlichen Gesamtverband der Krankenkassen und dem gelben Bund deutscher Krankenkassenbeamten und Angestellten abgeschlossen werden kann. Gegen diese einseitige partielle Einstellung der Aufsichtsinstanzen wird Verwahrung eingelegt.

Zur Fachausbildung wurde berichtet, daß der 3. D. A. seit seinem Bestehen auf diesem Gebiete Hervorragendes geleistet hat durch seine seit 32 Jahren bestehende „Vollständige Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung“ und durch die von ihm in allen Teilen des Reichs veranstalteten Fachbildungskurse. Mit dem Hauptverband deutscher Krankenkassen ist eine Vereinbarung über einen weiteren Ausbau dieser Kurse zustande gekommen. Es wurden eine Reihe von Anregungen zur Schaffung weiterer Ausbildungsmöglichkeiten gegeben, die demnächst verwirklicht werden sollen. Die Tagung nahm einen durchaus harmonischen Verlauf und erbrachte den Beweis dafür, daß die übergroße Mehrzahl der Angestellten der deutschen Krankenkassen hinter ihrer Gewerkschaft, dem 3. D. A., steht.

### Der Lohnkonflikt in der Textilindustrie.

In unserem Artikel in der gestrigen Morgennummer sind einige Irrtümer enthalten, die auf Hörsfehler bei der Uebersetzung zurückzuführen sind. Wir berichtigen hier nur die wesentlichsten Fehler: Der Deutsche Textilarbeiterverband hat vier Lohnsätze gekündigt. Die Anzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in West- und Mittelsachsen in Mitleidenschaft gezogen sind, beträgt 250 000. Der Konflikt ist von den Unternehmern auch auf die sächsisch-thüringischen Färbereien durch Kündigung des Lohnsatzes ausgedehnt worden.

Gesperrte Gastwirtsbetriebe. Der Gastwirt Oppermann, Am Dübahnndorf, übergeht fortgesetzt den für das Gastwirtsgerwerbe bestehenden Arbeitsnachweis, trotzdem er wiederholt ver-

sprochen hat, für die Zukunft den Arbeitsnachweis zu beizubehalten. In einer der letzten Verhandlungen zeigte Herr Oppermann sein wahres Gesicht und erklärte, er müsse Kellner haben, welche die Putzarbeit verrichten. Die Kellner, die von dem paritätischen Arbeitsnachweis kämen, lehnten diese Arbeit ab, weshalb er nach wie vor die Arbeitskräfte von dem Gastwirt Speer in der Paul-Singer-Straße beziehe, die jede Arbeit, die er von ihnen verlange, verrichteten.

Da die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten im Gastwirtsgerwerbe es mit Recht ablehnen, dem arbeitslosen Hilfspersonal die Arbeit wegzunehmen, ist der Betrieb für organisierte Arbeitnehmer gesperrt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei dem Gastwirt Schallhorn, Paul-Singer-Straße (Grüner Weg) 35. Auch dieses Geschäft wird durch den Gastwirt Speer, der seine Existenz lediglich auf den Berkehr und die Winkeloermittlungen arbeitsloser Kellner stützt, mit Verlonal beliefert. Dieser Betrieb ist daher ebenfalls für organisierte Arbeitnehmer gesperrt.

Die Sperre über das Lokal Lauritz Barth, Baum-schulenweg, Baum-schulenstraße, Ecke Ernststraße, wird hiermit aufgehoben, da das Lokal auf einen anderen Inhaber übergegangen ist.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.

Im Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Geschäftsstelle Wuladstr. 10, wird ab 21. Dezember zwischen 9 und 1 Uhr die Weihnachtunterstützung ausgezahlt. Ausschussweise beschlossene Mitglieder können die Weihnachtunterstützung abends von 5 bis 7 Uhr abheben. Die Unterstützung wird nur an Mitglieder gezahlt, die in der Zeit vom 1. Dezember bis 20. Dezember 1926 nachweislich zwölf Arbeitstage arbeitslos sind, in die Arbeitslosenliste und bei einem Arbeitsnachweis eingetragen sind. Selbstverständlich muß auch das Mitgliedsbuch in Ordnung sein.

Der Verband der Maler, Lackierer usw. gibt bekannt, daß seine diesjährige Weihnachtsfeier am Donnerstag, den 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24/25 (Saal 1), stattfindet. Hier erfolgt auch die Aushändigung einer Weihnachtsunterstützung für die erwerbslosen Verbandemitglieder. Jeder arbeitslose, über 13 Wochen dem Verbandsangehörige Verbandstellige hat bis spätestens 18. Dezember seine Eintragung in die Weihnachtsliste zu veranlassen. Die Anzahl ist mit anzugeben. Die Einzeichnung erfolgt im Bureau unter Vorlegung des Mitgliedsbuches.

### Strümpfe

- Damen-Strümpfe farblich und schwarz, Ferse und Spitze verstärkt . . . 0.65
- Damen-Strümpfe farblich und schwarz, echt ägyptisch Maho, mit Doppelsohle u. Hochferse . . . 1.25
- Damen-Strümpfe farblich und schwarz, rotas Seide, m. Doppelsohle, Hochferse, br. Doppelf. . . 1.95
- Herren-Socken farblich, gute Qualität . . . 0.75
- Herren-Socken rolino Wolle, regulär gestrickt . . . 1.25

**BILLIGER**  
**Weihnachts**  
**Verkauf**

### Wirkwaren

- Schlupfhosen für Damen, farblich mit angerauchtem Futter, sehr gute Qualität . . . 2.45
- Futterhosen für Herren, mit Überschl. grau mit weißem Futter . . . 2.95
- Herren-Hemden wollgemischt, gute Qualität, mit Doppelbrust, 3 Größen . . . 2.95
- Herren-Hosen wollgemischt, mit Überschl., gute Qualität . . . 2.45
- Herren-Garnitur Jacke u. Hose, 2 fache Qualität, lang gestreift . . . 6.90

### Spielwaren

- Auto-Garage mit Auto zum Fahrenleben . . . 0.50
- Eisenbahn mit Überwerk, Zuglänge ca. 35 cm . . . 0.95
- Metallophon 14 tönig im Karton ca. 30x10 . . . 0.95
- Gelenk-Puppen mit Haar, Schlafaugen, Wimpern, Schuhen, Dreifüßler . . . 2.95
- Dampfmaschine Kessel vermesselt, Pfeife und Wasserstandglas . . . 2.95
- Selbstfahrer sehr fest verarbeitet . . . 9.75

- Alabaster-Uhren verschiedene Muster **2.95**
- Zigaretten-Spitzen echt Silber **1.95**
- Servietten-Ringe echt Silber **1.85**
- Feuerzeuge Hipaka **1.45**

### Konfektion

- Hauskleid aus Zephrstoff, einfarbig oder gestreift, gut verarbeitet **2.50**
- Servierkleider aus schwarzem Zanela, gute Qualität **4.90**
- Morgenröcke aus Plausch mit farbigen Paspel, viele Farben . . . **3.95**
- Kleiderröcke aus rein-wollwasm Christ moderne Filzgefassen . . . **3.95**
- Pullover aus gemusterten Stoffen, entzündende Farbenstellungen . . . **5.50**
- Tanzkleider moderne Ausführungen, neueste Lichtfarben **12.50**
- Damen-Mäntel mollige Stoffe, mit großem Pelakragen **14.50**

### Herren-Artikel

- Selbstbinder neue Farben, moderne Muster . . . **1.45**
- Garnitur: Hosenträger mit passenden Sockenhaltern, im Karton . . . **2.90**
- Oberhemden farblich, mit Kragen und Umschlagmanschetten **3.90**
- Oberhemden farblich, moderne Muster, gefüllter Brust, 2 Kragen . . . **5.90**
- Oberhemden Zephr, 2 Kragen und Umschlagmanschetten . . . **6.90**
- Herren-Hüte moderne Formen, neue Farben . . . **4.90**
- Damenschirm braun, Halbesidem, fester Kanie, 12 teilig **7.50**

### Herren-Gürtel

- Riadleder, 2 u. 3 cm breit **95 Pf.**
- Zigaretten Ernis Leder, mit Überschl. **1.50**
- Perl-Bentel für Damen, schöne Muster **2.25**
- Maulbügelschen Voll-Leder, ca. 40 cm **14.50**

### Seifen

- 3 St. Blumenseife im Karton, rein und mild **0.50**
- 4 St. Toiletteife 1 Fl. Köln. Waffer Geschenk-Karton, zusammen **1.00**
- Blumen-Parfüm hochfein, in Luxus Geschenk-Packung . . . **1.90**
- Rasier-Garnitur Seife, Wapf u. Pinsel **1.00**
- Parfüm-Zerstäuber moderne Muster . . . **1.00**
- Altes Lavendel-Wasser gute Qualität **0.50**

**Unsere Geschäfte sind am Sonntag von 2—6 Uhr geöffnet**

- Damen-Handschuhe farblich, Leder-Imit., mit breiter Raupe . . . **0.95**
- Damen-Handschuhe farblich Leder-Imit., m. beidseitiger Manschette **1.25**
- Herren Handschuhe farblich, rolino Wolle, gestrickt . . . **1.65**

# JANDORE

**Pfefferkuchen  
Baumschmuck**

**Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.**

Die beste  
**Reklame:**  
Für diese  
**Angebote**  
bürgt mein  
**Name**

# Leopold Gadiel

Königstr.  
22-26  
1. Stock

**Moderne  
Woll-  
Kleider**

aus feinem Wolletrips und anderen neuen Stoffen; jugendl. Formen und Frauenkleider in vielen Farben und bekannt guter Verarbeitung **ab**

**20.- 15.- 25.-**

**Rodel-  
Garnituren  
prima  
reine Wolle**

erklassig verarbeitet, drei- oder vier-teilig, in ungeheurer Auswahl, in allen Farben und Modern **ab**

**12.- 10.- 15.-**

**Hochelegante  
Pelzjacken**

vorrätig, Qualität, feste Formen und gute Verarbeitung, auf feinem Demosé-Futter

**nur 79.-**  
Desgleichen  
**Pelzmäntel**  
**nur 110.-**

**Gesellschafts-  
Kleider**

von auserlesenem  
Geschmack und  
vornehmer  
Eleganz

aus dem so edlen Cröpe Georgette mit in künst-lichen Motiven ausgeführter reicher Perl-säckerei, in allen neuen Abendfarben

**nur 39.-**



# Börse und Wirtschaft.

## Die Ursachen der Börsenhausse. — Konsequenzen für die Lohnpolitik.

Für viele mochte es nur schwer erklärlich sein, daß zu Anfang dieses Jahres, während die deutsche Arbeitslosigkeit und die Krise in der Wirtschaft den höchsten Punkt erreichten, eine Börsenhausse von einer Stärke und Dauer einsetzte, die bisher in Deutschland unerhört war. Seit Anfang November, zeitlich zusammenhängend etwa mit der Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks, ist die Börsenhausse zwar zum Stillstand gekommen, und seit Ende November sind bis zum heutigen Tage zwar ziemlich beträchtliche Kursrückgänge eingetreten, aber das Kursniveau ist für die einzelnen Gebiete im Vergleich zum Anfang dieses Jahres doch noch doppelt so hoch geblieben. In zeitlicher Übereinstimmung mit dem Ende der Börsenhausse ist nun in Teilen der deutschen Wirtschaft eine unverkennbare Belebung eingetreten, die trotz der Wiederaufnahme der Arbeit in England bis jetzt noch nicht fühlbar ausgekehrt hat und von der keineswegs die Tatsache, sondern höchstens die Dauer und die Stärke der Belebung zweifelhaft sind. Nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse, auch für die ganze Volkswirtschaft ist die Frage von großer Bedeutung, welches die Ursachen dieser Börsenhausse sind, und wie die gegenwärtige Verfassung an der Börse in Zusammenhang mit der Aufwärtsbewegung in der Wirtschaft zu beurteilen ist.

### Die Funktion der Börse früher und heute.

Seider kann diese Frage nicht ganz einfach beantwortet werden. In den normalen Vorkriegszeiten konnte die Börse weder viel Glück stiften, noch besonders großes Unheil anrichten, aber sie war ein relativ zuverlässiges Barometer. Wie verschiedene andere Märkte war auch der Markt der Wertpapiere eines unter vielen Symptomen, aus denen die Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens zu entnehmen waren. Eingelassen zwischen die Geld- und Kapitalmärkte, auf denen die Nachfrage nach Kapital und Kapitalpreis (Zins) regelte, und die Produktions- und Verbrauchswirtschaft, für die sich auf den Warenmärkten die Warenpreise herausbildeten, zeigte die Aktienbörse ziemlich zuverlässig an, wie sich auf der Grundlage der Zins- und Warenpreisentwicklung der Wert der Aktienunternehmungen im Ablauf der Konjunkturen veränderte. Diese Funktion der Aktienbörse ist aber heute noch keineswegs voll wieder hergestellt. In der Inflation wurde der gefahrvolle Zusammenhang zwischen der Kapitalpreis- und Warenpreisbildung zerrissen und damit auch die Funktion der Börse zerstört, den wirklichen Wert der Unternehmungen anzuzeigen. Nachdem in den Goldbilanzen der Wert der Unternehmungen nur geschätzt werden konnte, beschränkte sich das ganze Geschehen auf der Börse bisher darauf, die Korrektur dieser Schätzungen durch die Vorgänge auf den Geld- und Warenmärkten zu registrieren. So ist es kein Wunder, daß die Aktienkurse noch heute zum großen Teil Produkte der Spekulationenphantasie sind, nicht aber schon mit Sicherheit den inneren Wert der Unternehmungen erkennen lassen, wie früher. Für die Aktienhausse des Jahres 1926 war allerdings die im Sommer 1925 im Zusammenhang mit den Konzernzusammenbrüchen eingetretene Vertrauenskrise von großer Bedeutung, die den Banken erhebliche Verluste brachte und mitten in der schwersten Wirtschaft- und Arbeitskrise das ganze Interesse der Banken fast zwangsläufig auf die Erzielung von Differenz- und Spekulationsgewinnen auf der Börse hinlenkte.

### Wirtschaftslage und Kurse.

Fast unendlich aber wäre es gewesen, daß die Börsenhausse von solcher Dauer und Stärke hätte sein können, wenn das Spekulationsinteresse der Banken und der Zustrom der durch die Krise freigewordenen Gelder allein die Börse hätten in Bewegung halten sollen. Sicher ist, daß die Aktienhausse eine außerordentliche Stützung durch die massenhaft nach Deutschland gelangten Auslandsanleihen und ihre ungenügende Bewertung im Wirtschaftsprozess erfahren hat. Außerdem aber liegt eine Reihe von Momenten vor, die eine Aufwertung der während der Scheiternskontur von 1925 über das erforderliche Maß heruntergegangenen Kurse rechtfertigen. Die Öffnung der Auslandsmärkte, formell seit dem 10. Januar 1925, praktisch wirksam aber erst nach Abschluß der abgeschlossenen Handelsverträge, hat für die deutsche Wirtschaft trotz der Schutzmaßnahmen die Abnahmefähigkeiten doch erweitert. Der ausländische Kapitalmarkt hat entlastende Wirkung für die deutschen Unternehmungen mit voller Stärke erst im Jahre 1926 geäußert und, von der großen Ergiebigkeit des inländischen Kapitalmarktes für Länder, Kommunal- und Industrieunternehmen unterstützt, die privaten Unternehmungen sowohl steuerlich entlastet, als auch in ihrer Sub-

stanz gestärkt. Das große Reinigungsgewitter, das im Winter und Frühjahr 1925/26 die deutsche Wirtschaft von 20 000 kleinen und mittleren Unternehmungen befreite, hat das Inlands- und Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmungen auf entsprechend weniger Firmen konzentriert und dadurch den inneren Wert der Unternehmungen erhöht. Die Konzentration, Spezialisierung und Rationalisierung der Produktion, die die Krise erzwang, hat sehr vielfach nicht nur die Produktionskosten gesenkt, sondern vor allem auch die sehr viel schwerer veränderlichen Generalunkosten der Unternehmungen. Dazu kam die außerordentlich starke Senkung der Zinssätze seit Anfang dieses Jahres, die auf der ganzen Linie die Bewertung der Aktiengesellschaften auf der Börse in die Höhe treiben mußte.

Aber auch die Stellung der deutschen Wirtschaft im internationalen Wirtschaftsleben erfuhr einige grundlegende Verbesserungen. Neben der Wiederherstellung des deutschen Kalimonopols durch die Vereinbarungen mit den französischen Kaliproduzenten und der Bildung des internationalen Rohstahlskartells stehen die Erfindungen auf dem Gebiete der synthetischen Chemie und der Kohleverwertung, deren finanzielle Bedeutung sich zwar heute noch nicht abschätzen läßt, die aber weit über die beteiligten Industrien hinaus die deutsche Privatwirtschaft für das Weltgeschäft auf lange Sicht hinaus besser stellt. Der englische Bergarbeiterstreik war für das deutsche Privatkapital ein unerhörtes privatkapitalistisches Zufallsereignis. Gerade die kapitalstärksten Unternehmungen Deutschlands haben durch ihn auf den Weltmärkten einen Vorsprung erlangt, der nicht nur länger dauernde Wirkungen haben wird, sondern auch den inneren Wert der Unternehmungen erhöht. Das letzte, aber fast wichtigste Moment ist der Fortschritt, den die Stabilisierung der europäischen Währungen inzwischen gemacht hat. Belgien hat stabilisiert, Frankreich steht vor der Stabilisierung. Es eröffnen sich infolge des Wegfalls insbesondere das französische Dumpingexporte neue Abnahmefähigkeiten auf dem Weltmarkt, deren Wert auch dann noch hoch anzuschätzen ist, wenn infolge einer Stabilisierung die Aufnahmefähigkeit Frankreichs für deutsche Produkte vorerst zurückgehen sollte.

### Konjunktur und Lohnbewegungen.

Alle diese Momente bedeuten natürlich eine Verbesserung der Rentabilitätsausichten der deutschen Unternehmungen. Nun mag die Spekulation die Kurssteigerung übertrieben haben. Die rückgängigen Kurse der letzten sechs Wochen zeigen deutlich an, daß eine Überbewertung stattgefunden hat und daß die vielfachen wirtschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten der Zukunft von der Börse vorweggenommen worden sind. Zweifellos ist aber, daß in die deutschen Aktienunternehmungen durch die dargelegten Momente bedeutende neue Werte hineingewachsen sind. Dabei ist es in volkswirtschaftlicher Betrachtung zunächst gleichgültig, ob die innere Wertsteigerung der deutschen Aktiengesellschaften in erhöhten Dividenden zum Ausdruck kommt oder ob die Aktiengesellschaften diese Wertsteigerung in der Bildung von stillen Reserven und im Ausbau der Werte aus laufenden Erträgen akkumulieren. Die Reinigungsströme, die Konzentration, Spezialisierung und Rationalisierung der Produktion hat über die Inflation hinaus durch die Frankensabilisierung hinaus der deutschen Industrie eine höhere Leistungsfähigkeit und eine höhere Lebenskraft verliehen.

Das ist das Ergebnis, zu dem man kommen muß, auch wenn man in die Fortdauer der Wirtschaftsbekämpfung Zweifel setzt.

Aber aus dieser Steigerung des inneren Wertes der deutschen Aktienunternehmungen und ihrer Leistungsfähigkeit ergibt sich eine Konsequenz: diese Wertsteigerung würde wirkungslos bleiben, wenn nicht die inländische Kaufkraft gesteigert und die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes für die industrielle Produktion erhöht würde. Es ist kein Zufall, daß mit der wachsenden Belebung der industriellen Tätigkeit auf vielen Gebieten Lohnbewegungen eingesetzt haben. Diese Lohnbewegungen sind nicht nur als Reflex der gebesserten Lage in der Industrie zu betrachten und keineswegs nur ein Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft, an den Vorteilen aus der gebesserten Lage der Industrie beteiligt zu sein. Diese Lohnbewegungen sind eine Notwendigkeit, wenn die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Industrie auf die Dauer ausgenutzt und die Erhöhung des inneren Wertes der Unternehmungen auf die Dauer erhalten werden soll. Ihr Erfolg ist geradezu die Voraussetzung dafür, daß die gegenwärtige Wirtschaftsbekämpfung nicht in eine neuerliche Verschärfung, sondern in die endgültige Überwindung der deutschen Sanierungskrise hinausläuft.

sicher den Waggonindustriellen keineswegs willkommenes Experiment. Zweifellos ist die Reichsbahn zu diesem Experiment im Augenblick deshalb besonders befähigt, weil die Waggonindustrie auf Aufträge wartet, die Reichsbahn ihrerseits aber noch einen erheblichen Vorrat von unbenutzten Wagen hat. Das Vorgehen der Reichsbahn ist aber geeignet, auch für andere öffentliche Körperlichkeiten, die Massenaufträge zu vergeben haben, und einem Ring von Lieferanten gegenüberstehen, als Beispiel zu dienen, wobei allerdings die Erfolge des Vertragsabschlusses mit der Waggonindustrie noch abzuwarten sein werden. Hoffentlich dient die Reichsbahn der Volkswirtschaft mit diesem Rationalisierungsexperiment besser, als es durch ihre sozialpolitischen Experimente vielfach geschehen ist.

### Privatbanken und Wirtschaftsenquete.

#### Wollen die Banken den Enquetebericht diffundieren?

Gleichzeitig mit der Berufung des schwerindustriellen Generaldirektors Rängeler in den Enqueteauschuss wurde auch Herr Direktor Friedrich Reinhart von der Mitteldeutschen Kreditbank zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses ernannt. Herr Reinhart wurde unmittelbar danach ständiger Sachverständiger des 5. Unterausschusses der Enquete für Geld- und Kreditwesen. Bisher haben sich im allgemeinen die Enquetemitglieder großer Zurückhaltung hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse der Enquete befleißigt. Es blieb dem Bankdirektor Reinhart vorbehalten, diese Tradition der Zurückhaltung zu durchbrechen und gleichsam im Namen der deutschen Banken im voraus festzustellen, welches Ergebnis die Enquete haben müßte. In diesem Falle hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit, nachzuprüfen, wie die Interessenten in der Wirtschaftsenquete ihre Aufgabe dort auffassen.

Herr Reinhart hat auf einem Bankett des Bankenvorstandes, von dem mißliebige Kritiker ferngehalten wurden, die Auffassung geäußert, daß der Enqueteauschuss zu dem Ergebnis zu kommen habe, daß das deutsche Bankwesen vorbildlich und musterhaft im Dienste der deutschen Wirtschaft arbeite. Freilich wünscht er, daß die Enquete nicht zuviel Arbeit aufwenden möge, um zu diesem Ergebnis zu gelangen; denn er fürchtet, daß der Wert dieses Ergebnisses im Mißverhältnis zu dem Arbeits- und Zeitaufwand stehen könnte. Dementsprechend bestritt er, daß es Bankentartete gibt. Auch der Kleinste könne mit Erfolg opponieren. Nur vergaß Herr Reinhart eine Aeußerung seines Kollegen Wassermann, der zu einer Zeit, als Herr Reinhart noch nicht dem Enqueteauschuss angehörte, ausübte, daß es in der Hand der Berliner Großbanken läge, über opponierende Bankinstitute durch wirtschaftliche Maßnahmen das Todesurteil zu sprechen. Herr Reinhart ist auch der Meinung, daß die Zinsspanne keineswegs übermäßig sei. Er hütet sich aber, irgendwelche konkreten Angaben zu machen, wie hoch sie denn eigentlich sei. Es paßte ihm dabei das Mißgeschick, daß er den in diesem Zusammenhang wirklichen Status der deutschen Banken nur unzureichend berücksichtigt. Herr Reinhart behauptet, daß es in der Vorkriegszeit möglich gewesen sei, von den Banken niedrig verzinsten, kurzfristigen Einlagen aus langfristigen auszuliehen, weil im Gegenzug zur Zeit die Depostengeländer damals stetig angewachsen seien. Genau die gleiche steigende Entwicklung der Einlagen zeigen aber auch heute die Bilanzen der deutschen Banken. Die Auffassung, nur langfristige Deposten könnten für langfristige Kredite verwendet werden, die schon in der Vorkriegszeit unrichtig war, ist heute um nichts richtiger geworden.

An zwei Beschuldigungen geht Herr Reinhart jedoch vorläufig vorbei. Wir nehmen an, daß er kein Interesse daran hat, daß diese durch die Enquete besonders unterlucht werden. Es handelt sich erstens darum, daß die deutschen Banken sich für ihre Kredite in zunehmendem Maße sicherstellen in zweifelsfrei dreifacher Höhe geben lassen und durch dieses Verfahren die Kreditgewährung innerhalb der deutschen Wirtschaft künstlich einschränken, und es handelt sich weiter darum, daß den Banken vorgeworfen wird, mittels ihrer Kreditgewährung eine unsinnige Effektenpekulation entfesselt zu haben. Herr Reinhart ist zwar offenbar der Auffassung, daß der Enqueteauschuss diese Vorwürfe nicht unterluchen möge; er scheint jedoch nicht der Auffassung zu sein, daß man sie widerlegen könnte. Die Zurückhaltung in diesen beiden Fragen wird hoffentlich dem Enqueteauschuss Anlaß geben, sie besonders sorgfältig zu unterluchen, auch wenn damit ein großer Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden sein sollte, dessen Ergebnis für die Banken keinen großen Wert haben könnte.

Der Eindruck, den Herr Reinhart macht, der ständige Sachverständige, den die Banken für den Enqueteauschuss haben stellen dürfen, ist ein denkbar unerfreulicher. Die Verquickung von Interessentenstandpunkt und Mitgliedschaft im Enqueteauschuss hat bisher noch nie so trassen Ausdruck gefunden wie in der letzten Rede dieses Herrn, dessen Berufung das Reichswirtschaftsministerium für unumgänglich notwendig gehalten hat. Das öffentliche Ansehen der Privatbanken aber als sachverständige Führer der Wirtschaft hat Herr Reinhart dem Nullpunkt noch etwas näher gebracht.

**Der Großhandelsindex.** Die auf den Stichtag des 15. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 8. Dezember um 0,5 Proz. auf 130,7 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse auf 134,8 nachgegeben, während die Industriefstoffe mit 123,2 nahezu unverändert blieben.

**Die französische Wirtschaftslage. Diskontermäßigung.** Aus Frankreich wird ein scharfes Vordringen der englischen Eisenindustrie gemeldet, die zunächst für Weißbleche Kampfflochten mit bis 120 Franken niedrigeren Preisen gemacht hat. Man erwartet, daß auch für andere Produkte sich eine scharfe englische Konkurrenz entwickeln wird. Für die französischen Hersteller kommen zu den Schwierigkeiten der Deflationstrübsen jetzt die ersten Vorstöße der ausländischen Konkurrenz auf dem französischen Inlandsmarkt. Die Bank von Frankreich hat den Diskontsatz von 7% auf 6% Proz. herabgesetzt, offenbar ein Mittel zur Erleichterung der industriellen Lage, das aber der Stabilisierung des Frankens kaum förderlich sein dürfte. Die Außenhandelsbilanz Frankreichs war im November noch aktiv; jedoch liegt die mengenmäßige Ausfuhr nur wenig über der des November 1925 (um 18 677 Tonnen), während die Einfuhr um 537 000 Tonnen zurückgegangen ist.

**Um die Gewerbesteuer.** Im Anschluß an die Diskussion über die Gewerbesteuer, bei der seitens der Wirtschaft eine beträchtliche Milderung bzw. völlige Aufhebung der Gewerbesteuer verlangt wird, wird mitgeteilt, daß von den Kommunen unter Führung des Deutschen Städtetages in nächster Zeit gegen die Wünsche der Wirtschaft nachdrücklich Stellung genommen wird. Man ist der Auffassung, daß es sich hier um eine Frage handelt, die weit über das Einzelproblem der Gewerbesteuer hinausreicht.

**Eine Siedlungsgesellschaft der Reichsbahn.** Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat unter der Firma „Reichsbahn-Siedlungsgesellschaft Berlin“ eine Siedlungsgesellschaft in Berlin errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung von gefunden und zweckmäßig eingerichteten Mietwohnungen zu billigen Preisen für die im Dienst der Deutschen Reichsbahngesellschaft, des Reiches, Staates oder der Gemeinden stehenden minderbemittelten Beamten, Angestellten und Arbeiter.

### Reichsbahn und Waggonindustrie.

#### Liefergemeinschaft mit Rationalisierungszwang.

Der am 15. Dezember abgeschlossene Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den 30 bedeutendsten Werken des deutschen Waggonbaues hat den früher angekündigten, auch aus politischen Gründen nicht leicht zu schaffenden Waggonbauvertrag zwar nicht gebracht, aber mit der Gründung der Deutschen Waggonbauvereinigung doch eine Organisation, die weitgehend jene Rationalisierung und Konzentration in der Waggonindustrie sicherzustellen scheint, die wegen der großen Unterbeschäftigung dieser Industrie notwendig ist. Die Ausführungen, die Reichsbahndirektor Hammer über den Vertrag machte, verdienen um so mehr das Interesse der Öffentlichkeit, weil der Vertrag nicht nur eine sichere und billige Belieferung der Reichsbahn, sondern unter allen Umständen auch eine Rationalisierung der deutschen Waggonindustrie erzwingen will.

Der Vertrag wurde auf fünf Jahre geschlossen. Die Aufträge werden an die Waggonbauvereinigung als eine Liefergemeinschaft vergeben und von der Vereinigung als eine Herstellungsgemeinschaft ausgeführt. Die Reichsbahn beschränkt ihre Aufträge auf bestimmte wenige Typen, die Vereinigung ist in der Verteilung der Aufträge an die Mitglieder selbstständig. Die Reichsbahn ihrerseits sorgt dafür, daß für die einzelnen Typen ein sicher funktionierender Austauschbau möglich ist, derart, daß sämtlichen Werken die Lehren für die genannten Einzelteile zur Verfügung gestellt werden, so daß die einzelnen Werke zur Spezialisierung ihrer Produktion gezwungen werden. Neben der Typisierung, Normalisierung und Spezialisierung der Produktion übt die Reichsbahn auch einen scharfen Druck auf die Verbilligung der Produktion aus. Wenn ein Werk öfters mehr als 5 Proz. über den niedrigsten Kalkulationen liegt, so soll es als unwirtschaftlich aus der Liefergemeinschaft ausgeschlossen werden. Wenn nach zwei Jahren nicht bereits eine Senkung der für die Produktion der Einzelteile erforderlichen Lohnstunden (nicht der Löhne, die Löhne sind nach der Meinung der Reichsbahn in Deutschland noch zu niedrig), der General- und Materialkosten eingetreten sein wird, so wird die Reichsbahn den Vertrag

selbständig und die Aufträge in freier Konkurrenz vergeben. Die für die erste Lieferung festgesetzten Preise liegen noch etwas unter jenen Preisen, die das Ergebnis der bisherigen scharfen Konkurrenz unter den Waggonbaufirmen war. Um auch innerhalb der Waggonindustrie die Wirtschaftlichkeit sicherzustellen, wird den Werken aufgelegt, die bei den Mitgliedern des Verbandes noch vorhandenen Baustoffe bei der Durchführung der Aufträge mit zu verwerten. Auf der anderen Seite hat die Reichsbahn sich bereit erklärt, zur Verbilligung des Werk- und Baustoffeinkaufs den Bedarf soweit als möglich gemeinsam mit der Waggonbauvereinigung zu decken. Für die Dauer des Vertrages werden an die Waggonbauvereinigung nur 90 Proz. der von der Reichsbahn zu vergebenden Aufträge verteilt, 10 Proz. werden zurückgehalten, um die Konstrukteure neuer Typen außerhalb des Verbandes damit zu bedenken und den technischen Fortschritt sicherzustellen, um Sonderaufträge an Firmen mit besonders hochstehenden Leistungen zu vergeben und weiterhin zusätzliche Aufträge für besonders rationell und billig arbeitende Werke der Gemeinschaft sicherzustellen. Es wird kein gemeinsames Konstruktionsbureau errichtet, sondern nur ein gemeinsames Normenbureau, so daß die Konkurrenz zur Verbesserung der Konstruktionsmethoden gesichert bleibt.

Wie ausgeführt wurde, kann keine Rede davon sein, daß durch die Aufträge die Leistungsfähigkeit der Waggonindustrie auch nur annähernd voll ausgenutzt werden würde. Die bis zum 30. Juni 1927 zu verteilenden Aufträge im Wert von 32 Millionen (716 Personen- und Triebwagen, 30 Gepäckwagen, 2141 Güter- und Bahndienstwagen) würden ihrem Betrage nach unter Umständen von einem einzigen Werk ausgeführt werden können. Aus diesen Gründen sei ein Druck zur Rationalisierung der Waggonindustrie eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Es handele sich weder um ein Syndikat noch um einen Trust, noch um eine Gewinnbeteiligungsgemeinschaft. Die unwirtschaftlich arbeitenden Werke seien nicht zu fördern, sondern zu beseitigen. Das sei auch die Absicht des Vertrages. Es dürften keine Waggonrentner geschaffen werden, etwa in dem Sinne, wie man heute infolge der Quotenwirtschaft von Kalk- und ähnlichen Rentnern sprechen könne.

Wie man sieht, handelt es sich bei dem Vorgehen der Reichsbahn um ein volkswirtschaftlich außerordentlich interessantes und



# Die Reichswehrdebatte im Reichstag.

## Erklärungen der Fraktionen. — Wirth über die Aufgaben der republikanischen Parteien.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Die gestrige zweite Sitzung des Reichstages wurde gegen 5 Uhr eröffnet. Abg. Stöcker (Komm.) beantragt unter großer Heiterkeit des Hauses, dem Abg. Scheidemann noch eine Stunde Redezeit zu gewähren, damit er den Wahrheitsbeweis für seinen Schwund antreten könne.

Der Antrag wird gegen die Kommunisten abgelehnt.

Abg. v. Schulenburg (Dnat.) gibt dann eine Erklärung ab, in der es heißt: Der Reichstag ist heute durch die Ausführungen des Abg. Scheidemann, die uns mit tiefster Entrüstung erfüllen, der Schauplatz eines Vorkommnisses geworden, das wir in einer deutschen Volksgemeinschaft bisher für unmöglich gehalten haben. (Lebhafte Zustimmung rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wären die Behauptungen des Abg. Scheidemann wahr, so wäre durch seine Rede der Tatbestand des Bundesverrats in jeder Hinsicht erfüllt. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir sind aber der festen Überzeugung, daß sie un wahr sind. Auf sie auch nur ein Wort der Erwiderung zu verschwenden, verbietet uns unser Gefühl für Selbstachtung und nationale Würde. (Beifall rechts.) Ich beschränke mich daher darauf, im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben: Die deutsche Wehrmacht ist in den kritischen Entwicklungen der letzten Jahre der feste Halt der Ordnung in unserem Vaterlande gewesen. Deshalb bedauern wir doppelt, daß sie neuerdings die Zielscheibe leichtfertiger, vielfach verleumderischer Angriffe geworden ist. Unter dem Vorwand einer Entpolsterung verachtet man, aus der Reichswehr ein willkürliches Werkzeug einseitiger parteipolitischer Bestrebungen zu machen. Wir vertrauen darauf, daß, hiervon unberührt, die Wehrmacht auch weiterhin in selbstloser Hingabe an den Dienst ihre schwere, erste Pflicht erfüllen wird. Dafür darf sie aber auch erwarten, daß Regierung und Reichstag sie gegen solche Verleumdungen, die vielfach offenen Bundesverrat darstellen, in Schutz nehmen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß Diensttreue und Staatsgesinnung weiterhin die festen Grundlagen unserer jungen Wehrmacht bleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wirth (Z.):

Die Parteien der Mitte, die Fraktion des Zentrums und, soviel ich gehört habe, auch die der Demokraten, sind über den Verlauf der bisherigen Debatte bitter enttäuscht. Wir können die Aufgabe einer wahrhaft nationalen Politik nicht darin sehen, eine große Aufzählung von Einzelheiten von Verleumdungen irgend welcher Art ohne politische Gesichtspunkte vorzunehmen. Für uns steht im Vordergrund das deutsche Land. Ich spreche es offen aus, daß die Frage der Staatsform erst in zweiter Linie steht hinter der Frage des Heils unseres Vaterlandes. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte.) Denn die Staatsform ist nicht Selbstzweck. Sie steht im Dienste der Nation. (Erneuter Beifall rechts und in der Mitte. Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich habe den Mut zu sagen: Ich bin Sozialist. Aber ich habe im Laufe der letzten Jahre hier an schwieriger Stelle Gelegenheit gehabt, Politik zu machen, und habe die Erfahrung gemacht, daß man für das deutsche Volk mit Sozialismus allein keine Politik treiben kann. Der Redner erinnert an die Kämpfe in Oberschlesien und die Zeit der Ruhrbesetzung. In diesen Stunden hat die Reichsregierung und hat der damalige Reichspräsident über das getan, was zur Sicherung der Ostgrenze nötig gewesen ist. (Lebhafte Beifall.) In diesen Zeiten eines Notstandes des Reiches haben wir an der Ostgrenze die Vorbereitungen getroffen, die unsere vaterländische Pflicht gewesen sind. Wir mußten aber nicht bloß fürchten für Oberschlesien, sondern gerade der Teil Deutschlands, der durch den sinnlosen polnischen Korridor von uns getrennt ist, war jahrelang in Gefahr, von sinnlosen Phantasten überflutet und weggenommen zu werden. Die Abwehr dagegen haben wir organisiert und einen Grenzschutz aufgezogen, der keiner Partei dienstbar war. Wir müssen bei dieser Debatte deshalb streng scheiden zwischen Sicherung der Ostgrenzen und dem, was im Laufe der Jahre aus solchen Dingen gemacht worden ist. Seit den Tagen, wo Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist, ist gesamtpolitisch eine neue Situation entstanden, der wir Rechnung tragen müssen. Aber ist denn heute alles aufgeräumt, was an Verleumdungen aus vergangenen Jahren noch zurückgeblieben ist? Ich erinnere an die Wegnahme Wilnas, an gewisse phantastische Pläne, die immer wieder in Polen auftauchen. Ich kann mir ein Deutschland nicht vorstellen, das nicht in allererster Linie die Sicherung erstrebt.

Zu der Reichswehrfrage ein offenes Wort: Seit Jahren führe ich ein energisches Ringen um die deutsche Republik. Wir haben die republikanische Bewegung weitergeführt und immer mehr das Bewusstsein zur Republik betont. Wenn also die Idee des neuen Staates nicht längst in den Herzen der Führer der Reichswehr verankert ist und wenn die Reichswehr nicht sieht, daß der neue Staat eine ganz andere Aufgabe hat als der vergangene, nämlich das Hineinwachsenlassen der großen Scharen des Proletariats in diesen Staat, dann wird die Reichswehr in dem Kampf zwischen rechts und links vernichtet. Sie von rechts müssen sich klar darüber sein, wach fundamentaler Unterschied zwischen der Reichswehr von heute und der Wehrmacht von gestern und vorgefakt besteht. Nehmen Sie einmal ein Instruktionsbuch für Reservoffiziere aus den Tagen vor dem Kriege in die Hand und fragen Sie, was da vom Offizier der alten Wehrmacht unter der Monarchie verlangt worden ist. Ich habe ein solches Buch eingesehen und darin u. a. folgende sehr interessante Einzelheiten gefunden:

„Der Offizier des Beurteilungskomitees darf sich als Offizier niemals einer Partei anschließen, wenn er sich dadurch zu der Regierung unseres Kaisers oder des Landesherren in Gegensatz stellt. Trägt er Bedenken, so hat er vorher seinen Abschied zu erbitten. . . . Unter keinen Umständen darf er gegen den Kaiser auftreten. Andererseits ist er dazu berechtigt, vor seinen politischen Reden Gebrauch zu machen und in den politischen Kampf einzutreten für die Idee, die des Kaisers oder des Landesherren Regierungen verfolgen.“ (Zuruf von rechts: Wo steht das?)

Sie können das Buch gleich in die Hand nehmen. Darin verfährt sich die Reaktion. Diese Zeiten sind vorbei, die alte Macht ist zerbrochen. Nun ist die Aufgabe die, einen inneren Kontakt auch des Offiziers der gesamten Wehrmacht mit dem Staat zu erreichen, nicht in der Form, wie es früher verlangt worden ist, sondern in der Form der verfassungsmäßigen Anerkennung. Hier beginnt unsere Arbeit, der alle Republikaner dienen, und wir sagen: So wie es jetzt ist, ist die Wehrmacht auch in ihrer bestehenden Ausmachung nicht haltbar und wird zerstört werden, wenn nicht jetzt endlich mutige Männer der Wehrmacht das Bewusstsein zum neuen Staat in eine Form bringen, die das Vertrauen in großen Schichten des deutschen Volkes heilsam. Wir verlangen die Trennung der Wehrmacht von den Geheimorganisationen. Mit Rußland mußten wir zu dem Kapital-Vertrag kommen, ich kämpfe ja seit je für die europäische Solidarität, ohne Einbeziehung der Wirtschaftskräfte Rußlands kann dieser Erdball nicht mehr gefunden. Trotz unfreier Eintritts in den Völkerbund darf die Verbindung mit Rußland nicht gelockert, sondern sie muß noch gefestigt werden. Glaubt man, daß aus dem heutigen Tag und diesem Aufprallen der politischen Einstellung der Sozialisten etwas für unser Volk herauskommen kann? Es kann nichts herauskommen, wenn nicht die Gruppen der Mitte bis zur Deutschen Volkspartei — auch die Herren aus Bayern sollten sich darüber klar sein — die Gewähr übernehmen für die Reorganisation der Reichswehr. Ich nehme an, daß der Außenminister es klar ausdrückt, daß die noch aus-

stehenden Restfragen im Völkerbundrat zu lösen sind, aber wir haben allen Anlaß, dieses unser Recht nicht verdunkeln zu lassen, indem wir in einer Debatte hineinschlüßeln, die das Unglück Deutschlands herbeiführen kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich richte die Mahnung an alle, daß diese Fragen mit Ernst und Würde debattiert werden, wo sie debattiert werden können, im Auswärtigen Ausschuss oder im Haushaltsausschuss, und daß die Regierung selbst die Initiative dazu ergreift. Der Reichsanführer muß sich klar sein, daß tatsächlich in den letzten Wochen Reden und Schriftstücke politischer Gruppen publiziert worden sind, die das Mißtrauen im Lande hervorzurufen, und daß dieses Mißtrauen hier von der Tribüne herab zerstreut werden muß. Wenn die Regierung nicht aus ihrer Linie herausgedrängt wird, wird auch die heutige Debatte überwindbar sein. Man wird darüber hinwegkommen, wenn man hier das Verhältnis zu Polen und Rußland ganz aufrichtig bespricht.

Meine Herren von der Deutschen Volkspartei, wenn in dieser Entwicklungsphase von Ihren Gruppen in unerhörter Form eine Politik empfohlen wird, die auf einen „Best-Bürgerkrieg“ hinausläuft, so hat eine Republik, die großen Schichten ihrer Bevölkerung fremd und verständnislos gegenübersteht, für uns keinen politischen Sinn. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dann ist Deutschland verloren.

Dann ist es geschichtlich ausgeschlossen, wenn die proletarischen Schichten dem neuen Staat wieder entfremdet werden. Ich bin in ganz Deutschland herumgekommen, Millionen von Deutschen stehen dem neuen Staat gleichgültig, teilweise sogar revolutionär und feindlich gegenüber. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wie kann eine Regierung des deutschen Volkes Politik machen, wenn dieser ganze innere Ingrimm sich auslebt in einem Kampf um die letzte Waffe, die letzte Säbelstange, die noch in unserer Hand ist? Die Abwendung von dieser Kardinalfrage unseres Volkes ist eine politische Aufgabe, die jede Regierung, wie sie auch aussehen mag, erfüllen muß, um alle Organisationen zum Staate hinzulenken. Die Deutsche Republik, die die Idee der Nation verneint und der Gedankenfreiheit der Nation und der sozialen Gerechtigkeit widerstrebt, ist nicht der Staat, dem wir unsere Lebenskraft widmen. Ich ermahne alle Republikaner, über alles die Liebe zum Vaterlande und zur Nation an die erste und entscheidende Stelle zu setzen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen im Zentrum.)

Abg. Koenen (Komm.) erklärt in einer breit angelegten demagogischen Rede, die Veröffentlichungen über die Beziehungen zwischen Reichswehr und Sowjetrußland kommt und besonders für Lügen und wiederholt die Behauptung, zwischen den Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ und Breitscheid beständen Zusammenhänge. Er und der Abg. Pfeiffer erhalten einen Ordnungsruf, als sie den Abg. Scheidemann beschimpfen.

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Rede des Abg. Scheidemann ist geeignet, im In- und Ausland ein vollkommen falsches Bild von der Einstellung und der Tätigkeit der deutschen Reichswehr zu geben, an deren Verfassungstreue ein Zweifel nicht gestattet ist und die diese ihre Treue zum Staat wiederholt durch die Tat bewiesen hat. Wir stimmen daher den anerkennenden Worten, die der Herr Reichsanführer unserer Wehrmacht gewidmet hat, durchaus zu, ebenso seiner Charakterisierung der Rede des Abg. Scheidemann. Die Deutsche Volkspartei wird alle Bestrebungen, die geeignet sein können,

das Vertrauen zu unserer Wehrmacht zu erschüttern oder ihren Aufbau zu gefährden, nachdrücklich bekämpfen. (Beifall v. d. D. Sp.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bgg.): Alles, was Herr Scheidemann vorbrachte, hat, selbst wenn es wahr wäre, nur materiell wenig zu bedeuten, aber das Aufsehen, das diese Dinge erregen müssen, namentlich im Ausland, ist bedenklich. Wenn Sie (zu den Soz.) jetzt die Regierung übernehmen sollten, machen Sie sich mal klar, wie schwer Sie sich die Führung der auswärtigen Politik durch die Rede Scheidemanns gemacht haben. Wenn man von uns geschrieben hat, bei uns läge die Entscheidung über das Mißtrauensvotum, so kann ich erklären, daß wir namentlich mit Rücksicht auf die auswärtige Politik

uns nicht einschließen können, für das Mißtrauensvotum zu stimmen. Darin sind wir wohl alle einig, daß die Frage der Staatsform für uns erledigt ist.

Abg. Lecht (Wapen. Sp.) hält die Politik der Sozialdemokraten für völlig unverständlich. Sie wolle in die Große Koalition und spalte der Regierung die seidene Schnur mit der freundlichen Mahnung: Hänge Dich auf! Zugleich fügt sie die Drohung hinzu: Hängst Du Dich nicht selbst auf, so hänge ich Dich auf! (Heiterkeit!) So kann man keine Politik machen. Die Bayerische Volkspartei stelle sich durchaus hinter die Erklärungen der Reichsregierung. Man sollte nicht immer bloß von den Rechtsverbänden reden, sondern auch vom Reichsbanner, das doch eine ausgesprochen sozialdemokratische Einrichtung sei. Seine Aufgabe sei weniger die Erhaltung der deutschen Republik, als vielmehr die Herbeiführung der sozialistischen Republik. (Zustimmung rechts, Lachen v. d. Soz.)

Abg. v. Ramin (Völk.): Es ist merkwürdig, daß gerade die Republikaner dem Republikaner Wehrminister einen Knüttel nach dem andern zwischen die Beine werfen. Der Redner schließt mit den Worten, jede Gemeinschaft mit Scheidemann sei Bundesverrat. (Ordnungsruf.)

Darauf werden die Beratungen abgedröckelt.

Abg. Breitscheid (Soz.) bestritt gegenüber der Äußerung des Abg. Koenen, das Material dem „Manchester Guardian“ geliefert zu haben.

Abg. Koenen (Komm.) erwidert, das habe er gar nicht behauptet, das Material stamme von verwirrten Passifisten. Breitscheid habe aber vor der Veröffentlichung davon gewußt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Weiterberatung und Abstimmung über die Mißtrauensanträge.

Schluß 8 Uhr.

## Das Schundgesetz.

### Kein Einspruch des Reichsrats.

Der Reichsrat beschloß am Donnerstag ohne besondere Abstimmung, gegen das Schund- und Schmuggesetz, wie es vom Reichstag verabschiedet wurde, keinen Einspruch zu erheben. Der von dem Vertreter Lübeck und Braunschweigs gestellte Antrag, gegen die Reichstagsbeschlüsse Einspruch zu erheben, fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Die Wehrmachtshilfe für Beamte wurde ebenfalls entsprechend den Beschlüssen des Reichstages angenommen. Ein Antrag der heftigen Regierung, die Beihilfen auf die Gruppen I bis VI zu beschränken, wurde abgelehnt.

# Etatsdebatte im Landtag.

## Die Hauszinssteuer und die Demagogie der „Wirtschaft“.

In der Donnerstagssitzung stimmte das Haus zunächst über den Gesetzentwurf betr. die Ein- und Umgemeindungen in Oberschlesien ab. Der Regierungsentwurf wurde mit den Abänderungsanträgen der Regierungsparteien angenommen.

Hierauf wurde nach den Vorschlägen des Geschäftsordnungsausschusses der Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Graf von Heildorf (Völk.) angenommen, die Anträge auf Strafverfolgung der Abgg. Hubert (Soz.) und Mörke (Komm.) abgelehnt.

In der Fortsetzung der Debatte über den Gesamtetat spricht zunächst

Abg. Dr. Jaff (Dem.): Die Deutschnationalen stehen heute anders zum preußischen Staat als früher, weil sie in ihm nicht mehr ihre Domäne sehen. Locarno, Thoiry und Genf haben uns weiter gebracht. Die Sozialdemokraten mögen aber jetzt im Reich den Bogen nicht überspannen. Die Verständigung zwischen Preußen und Hamburg wird hoffentlich bald zustande kommen. Die Hauszinssteuer zahlen die entrichteten Hypothekengläubiger. (Sehr wahr! links.) Die Aufhebung des Mieterschutzes für Geschäftsräume erweist sich in ihrer Wirkung als verfehlt.

Abg. Müller-Franken (Wirtschaftspartei): Wir werden demnächst ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett einbringen, wenn nicht der Warenverkehr in den Ministerien und Beamten aufhört.

Abg. Dr. v. Bremer (Völk.): Die Handelspolitik verleiht die schaffenden Stände.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Leidet das unbefriedigende Ergebnis von Genf das Deutsch-nationale Partei als Schuttpatron der Wehrverbände am allerwenigsten. Im übrigen hat doch Ihr Reichspräsident von Hindenburg Herrn Stresemann für das in Genf Gesehene und Errungene ausdrücklich seinen Dank ausgesprochen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Klagen über schlechte Personalpolitik verstehen wir, die Deutschnationalen schmerz die Erinnerung an die Zeit, wo sie allein die politischen Beamten stellten. Von der Unübertrefflichkeit der Staatsmänner dieser Zeit legt die Memoirenliteratur kein Zeugnis ab. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und Michailski!) Hochminister sind die Generale Capriotti, Budde und Poddialski ebenso gewesen wie jüngst Herr Schiele. Sachminister war nur der medienburgische Finanzminister v. Dergin im deutschnationalen Kabinett Brandenstein, der durch ein Versehen das arme medienburgische Volk um Millionen geschädigt hat (Hört, hört! links.) Seewerks Arbeit kann sich wohl mit allem messen, was in der Vortriebszeit irgend ein preussischer Innenminister geleistet hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Leistungen des Berufsbeamten wissen wir dabei durchaus einzuschätzen. Nur daß wir die Leistungen insbesondere der unteren Beamten, die wirklich den Hauptteil der Arbeit erledigen, wesentlich höher einstellen als die Rechtsparteien und das auch in der Befolgung zum Ausdruck bringen wollen.

Die Forderung der Deutschnationalen nach verschärfter Aufsicht über die Gemeindegewerben erscheint uns unverständlich in einer Zeit, in der die Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, ihre notwendigen Aufgaben zu erfüllen. Die Gemeinden haben in der Hauptsache die Kosten des veränderten Finanzausgleichs getragen.

Zweifellos sind die Steuern nach dem verlorenen Krieg sehr hoch und drückend.

(Zuruf bei der Wirtschaftspartei: Wir verlangen nur gerechte Verteilung!) Gerade die Wirtschaftspartei hat verhindert, daß die Groß-

unternehmungen stärker zur Gewerbesteuer herangezogen werden können als die Kleinen. (Hört, hört! links.) Die Aufwendung für Landwirtschaftskammern, Innungen, Handels- und Gewerbesteuern usw. sind übrigens viel stärker gemacht als die Höhe der Steuern. Warum hängt die „Wirtschaft“ die Sparsamkeit nicht bei sich selber an? Wenn man die Opfer, die die Arbeiterklasse dauernd für den Staat bringt, die Not, das Elend und den Hunger der Erwerbslosen und Kurzarbeiter ausmühen könnte, dann würden daneben die Steueropfer der sogenannten Wirtschaft verschwinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Am schmerzhaftesten wütet die Steuerdemagogie bei der Hauszinssteuer. Niemand will sie angeblich verewigen, jeder sie abbauen, auch die Kommunisten. Demgegenüber stelle ich fest:

Die Hauszinssteuer ist gemacht worden durch die 3. Steuerreformverordnung, die die Sozialdemokratie bekämpft hat, und durch den Steuerblock im Reichstage im August 1925, dem Zentrum, Wirtschaftspartei, Volkspartei und Deutschnationalen angehörten.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch Reichsgesetz ist die Hauszinssteuer für uns zwingendes Recht. Dabei haben wir in Preußen den geringsten zulässigen Betrag für allgemeinen Staatsbedarf und den höchsten zulässigen Betrag für Neubauten verwendet. Die Hauszinssteuer mühte auch bei der ungerechten Freilassung der Landwirtschaft 1400 Millionen Mark jährlich bringen. Tatsächlich bringt sie 540 Millionen weniger, nicht wegen der sozialen Erleichterungen, sondern wegen der Sondervergünstigungen für gewerblich benutzte Räume. Wenn die Hauszinssteuer abgebaut werden soll, wer soll dann den heute steuerlich erfassten Teil der Miete bekommen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist für uns die Kernfrage. Die Miete ist reichsgesetzlich auf 100 Proz. festgesetzt. Was wir an Hauszinssteuer streichen, verliert der Staat und erhält der Hausbesitzer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der städtische Hausbesitz war vor dem Kriege mit 28 Milliarden verpfändet. Drei Viertel davon, also 21 Milliarden, hat man den Hypothekengläubigern genommen und will man jetzt den Hausbesitzern schenken. Nicht die, die das Geld verloren haben und heute am Bettelstabe sind, sondern die Ruhmsther der Inflation, die Hausbesitzer, wollen diese Riesensummen einstecken. Das ist die Unmoral, die in dem Gesetz nach Beendigung der Hauszinssteuer liegt und die wir mit aller Energie bekämpfen. Schaffen Sie Sicherheit, daß bei Beilegung der Hauszinssteuer die Mieten herabgesetzt werden, dann sind wir dazu bereit. Aber Sie wollen die Mieten ja noch steigern und auch die erhöhten Mietmieten dem Hausbesitz zuwenden! Unter dem Trommelsturm der Wirtschaftspartei haben alle bürgerlichen Parteien beschlossen und sich zu Feinden der Hauszinssteuer bekehrt. Aber auch die Mieter werden sich schließlich zu wehren wissen. Wenn nicht der Abbau der Hauszinssteuer den Rinderdemitteln zugute kommt, wofür ich nirgends eine Mehrheit sehe, dann werden wir diesen Abbau aufs entschiedenste bekämpfen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Winterfeldt (Dnat.): Wir sind gegen die schnelle Erledigung des Etats und die vom Finanzminister angefordigte Sparsamkeit. Die Hauszinssteuer muß abgebaut werden.

Abg. Grebe (Z.): Der heutige Staat ist gewiß nicht unduldsam. Die Denkschrift der Reichsregierung über die Pensionen der Generale beweist, daß die führenden Stellen nur aus besorgungen Stunden besetzt wurden. Katholiken wurden bei Besetzung höherer Beamtenposten viel zu wenig berücksichtigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsdebatte, Typhusepidemie in Hannover, kleinere Vorlagen.



# Baumkuchen, Ringkuchen... Baumkuchen



**Christstollen:** 500 g erwärmtes, gesiebtes Mehl, 30 g Hefe,  $\frac{1}{2}$  Liter Milch, 125 g Zucker, 200 g „Blauband, frisch gekirnt“, je 125 g Sultaninen und Korinthen, je 50 g Zitronat, kandierte Orangenschalen und süße gehackte Mandeln, 2 Eier, Salt und abgeriebene Schale einer Zitrone, 1 Prise Salt. Von dem vierten Teil des Mehles setzt man mit der warmen Milch und einem Löffel Zucker ein Hefestück an und stellt es an einem warmen Ort. Die übrigen Zutaten werden nach dem Aufgehen nach und nach beigebracht, bis ein fester Teig entsteht, der aus tüchtig durchgearbeitet und aufgemangelt wird. Die Teigkugel wird bis zur Hälfte mit etwas Blauband bestrichen und bis zwei Drittel übergeschlagen. Die Stolle soll noch einige Zeit gehen und wird dann im heißen Ofen gebacken. Nach dem Backen bestreicht man sie reichlich mit zerlassener „Blauband, frisch gekirnt“, und bestreut sie danach dick mit Puderzucker.

**Kringel zum Baumkuchen:** 125g „Blauband, frisch gekirnt“, 125 g Zucker, 1 Ei, 250 g Mehl, 1 Teelöffel Backpulver, geriebene Mandeln, etwas Zitrone und Rum. Blauband schaumig rühren, Zucker, Ei, Mehl, Mandeln, Rum und Zitrone hinzugeben. Von dem leeren Teig kleine Kringel formen und bei milderer Hitze backen.

**Glasure:** 125 g Puderzucker mit wenig Lakritzucker zu dickem Brei rühren, etwas Rum und Speisefarbe hinzugeben.

**Honigkuchen:** 500g Mehl, 500g Honig, 125g „Blauband, frisch gekirnt“, 100g Mandeln mit Schale, eine halbe Zitronenschale, 2g Nelken, 2g Kardamom, 15g gereinigte, in etwas Wasser aufgelöste Pottasche. Honig und Blauband werden aufgekocht, der Topf dann vom Feuer genommen, Mehl, Gewürz, die grob gestoßenen Mandeln hinzugefügt. Die Pottasche wird mit dem etwas abgekühlten Teig gut durchgeknetet. Nach einigen Stunden rollt man den Teig fingerdick aus und sticht beliebige Formen daraus. Bei milderer Hitze backen.

**Spekulatius (echter rheinischer):** 500g Mehl, 250g „Blauband, frisch gekirnt“, 100g Zucker, 2 Eier, etwas Salt, 1 Teelöffel Zimt,  $\frac{1}{2}$  Teelöffel Nelkenpfeffer,  $\frac{1}{4}$  Pfund süße Mandeln, die man auch fertigen kann, werden gut gemengt. Der Teig wird ausgerollt und ausgestochen, auf ein gebuttertes Backblech gesetzt und schön gelbbraun gebacken.

**Butterzoug (bayerisches Weihnachtsgebäck):**  $\frac{1}{2}$  Pfund „Blauband, frisch gekirnt“,  $\frac{1}{4}$  Pfund Mehl, 5 Eier, 1 Pfund Zucker, die Schale einer Zitrone,  $\frac{1}{2}$  Glas Arrak. Blauband schaumig rühren, Zucker, Eier, Mehl und Gewürze hinzugeben. Den Teig gut verkneten, einige Zeit kalt stellen, ausrollen und beliebige Formen daraus stechen. Bei milderer Hitze goldgelb backen.

**Pfeffernüsse:** 225g Zucker, 175g „Blauband, frisch gekirnt“, und 500g Honig werden gekocht und nach dem Abkühlen 500g Weizen- und 500g Roggenmehl, 5g gestoßene Nelken, 30g in Rum aufgelöste Pottasche und 3g Kardamom hinzugefügt. Den Teig tüchtig durchkneten und 8 Tage stehen lassen. Sodann fingerdick ausrollen, mit einem Likörglas ausstechen u. die kleinen Nüsse bei Mittelhitze backen.

**Napfkuchen:** 500g gesiebtes Mehl, 30g Hefe, etwa  $\frac{1}{2}$  Liter Milch, 3 Eier, 200g „Blauband, frisch gekirnt“, 200g Zucker, die abgeriebene Schale einer Zitrone, je 65g Sultaninen und Korinthen, 50g Zitronat, 1 Prise Salt, einige Mandeln. Von dem Mehl nehme man  $\frac{1}{4}$  Pfd. und setze mit der Milch und einem Löffel Zucker ein Hefestück an. Nachdem dieses gut gegangen ist, mische man nach und nach das übrige Mehl und die weiteren Zutaten hinzu und rühre tüchtig durch. Der Teig soll weich, aber nicht flüssig sein, und muss zuerst im Napf, dann in der Form einige Zeit gehen. Backzeit  $\frac{1}{2}$  bis 1 Stunde.

EMERICH  
HUBER  
26

FEINKOST-MARGARINE  
**Blauband**  
frisch gekirnt







### Gegen Lockerung der Wohnungswirtschaft.

Die Interessensvertretung der parteiigenosslichen Mieter Groß-Berlins soll nach den „Arbeitsrichtlinien für die Funktionäre des Bezirksverbandes Berlin der SPD.“ in der Weise erfolgen, daß in jeder der 145 Abteilungen ein Abteilungsmitglied ernannt wird und ein Stellvertreter zu wählen ist. Diese Abteilungsmitglieder, die dem Abteilungsmitglied angehören, werden freiwilleg zusammengefaßt und bestimmen einen Obmann, der Mitglied des Kreisvorstandes ist. An der Spitze der 145 Abteilungsmitglieder steht ein Ausschuß aus 7 Mitgliedern, dessen Obmann dem Groß-Berliner Bezirksvorstand der SPD. angehört. Der Ausschuß beruft die Mietervertreter der 145 Abteilungen regelmäßig zu Versammlungen zusammen, in denen wichtige wohnungspolitische Fragen besprochen werden. Er sollen auch in den 20 Verwaltungsbezirken Groß-Berlins von den Mietervertretern parteiigenossliche Mieterversammlungen arrangiert werden.

Kürzlich hat nun eine solche Versammlung vom 4. Bezirk Prenzlauer Berg im „Altersheim“, Danziger Straße, stattgefunden. In der Genosse Landgerichtsrat Ruben über „Unsere Wohnungspolitik im Reich, Staat und Gemeinde“ einen sehr interessanten Vortrag hielt. Er besprach dabei den Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. November 1926, dessen Auswirkungen jetzt schon nach so kurzer Zeit ganz erschreckend sind, wofür auch eine Reihe Beispiele mitgeteilt wurden. In den Vortrag, der von der gut besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde, knüpfte sich eine ausgedehnte Aussprache. Von allen Rednern wurde die Meinung vertreten, daß diese Verordnung eine ungeheure Gefahr für die große Masse der Gemeinbewohnenden und der ganzen Mieterschaft bilde, und daß es Pflicht eines Ministers, der die Volkswohlfahrt als Hauptaufgabe seines Ministeriums anzusehen habe, sei, diese Verordnung sofort wieder aufzuheben. Allgemein wurde auch die Ermattung ausgesprochen, daß in allen Bezirken Groß-Berlins, wie überhaupt in Deutschland, von den Parteien in großen Versammlungen die parteiigenosslichen Mieter aufgestellt werden sollten. Folgende Entschliessung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die parteiigenosslichen Mieter des Kreises Prenzlauer Berg halten es für eine Notwendigkeit, daß die Partei mit allen Kräften für die Erhaltung des Mieterschutzes eintritt und insbesondere die Aufhebung der Verordnung vom 11. November 1926 verlangt, welche die Kleinindustrie und den Einzelhandel ungeheuer belastet und dadurch die Arbeiterklasse als Konsumenten auf das schwerste schädigt. Jede Erhöhung der Mieten ist auf das entschiedenste abzulehnen, denn bei der jetzigen Wirtschaftslage und Arbeitsnot bedeutet schon die jetzige Mietshöhe eine unentrichtliche Belastung der Arbeiterklasse. Die Hauszinssteuer ist in voller Höhe für den Wohnungsbau zu verwenden.“

Die parteiigenosslichen Mieter des Kreises Prenzlauer Berg erwarten deshalb von der Stadtverordnetenfraktion und von der Landtags- und Reichstagsfraktion die Vertretung ihrer Interessen im Sinne der Erhaltung des Mieterschutzes.“

### Die Berliner Anatomie.

Tag für Tag nehmen Tausende und aber Tausende ärztliche Hilfe in Anspruch. Nur sehr wenige werden sich jedoch jemals Gedanken darüber gemacht haben, wie und wo unsere Ärzte sich ihr praktisches Wissen angeeignet haben. Mögen die folgenden Zeilen zur Aufklärung dienen.

Unweit des Bahnhofes Friedrichstraße und des Charité-Krankenhauses in der Luisenstr. 56 ist mitten in einem freundlichen urwüchsigem Garten die Anatomische Anstalt der Universität gelegen. Drei freundliche Gebäude mit hellen Sälen und Räumen beherbergen hier jährlich mehrere Tausend von Studenten und Studentinnen, die hier unter Leitung von anerkannt tüchtigen Professoren ihren ersten praktischen anatomischen Studien obliegen. Die Anstalt wurde um das Jahr 1700 mit der Bezeichnung „Theatri-Anatomici“ von dem preussischen Staat gegründet. Jeder Einsichtige wird zugeben, daß es im Interesse unserer Wissenschaft und der damit in engem Zusammenhang stehenden Förderung der Volksgesundheit liegt, daß dieser Anstalt genügendes Material, nämlich menschliche Leichname, zu Studien zwecken zur Verfügung gestellt werden. Damit entstehen aber auch die Fragen: „Auf welcher Rechtsgrundlage werden der Anatomischen Anstalt die Körper Toter überwiesen?“ und „Wo und wie erfolgt dann ihre Bestattung?“

Eine Kabinettsorder vom 17. März 1718 und 2. April 1718 bestimmt, daß die Leichen aller dergleichen Personen, die in Armen-, Waisen-, Jucht- und Arbeitshäusern oder Hospitälern sterben, sowie die Leichen von Schwangeren oder in oder nach der Geburt sterben, der Anatomischen Anstalt zuzuführen sind. Diese, über 200 Jahre alte Order hat der Magistrat Berlin Ende 1924 dahin eingeschränkt, daß der Anatomie die Leichen von unehelichen Müttern nicht mehr und die von Ortsarmen nur noch dann, wenn weder dem Wohlfahrtsamt noch der Friedhofsverwaltung Angehörige bekannt sind, überwiesen werden. So sehen wir hier, daß die Leichen der Altarmen der Armen nach ihrem Tode in Berlin durchaus nicht sogleich bestattet werden, wie jede andere, sondern daß ihre Körper zuvor noch einen höheren Zweck zu erfüllen haben.

Es ist selbstverständlich, daß mit der Zahl der Medizin Studierenden auch eine entsprechend größere Zahl Leichen für die Anatomie erforderlich wird. Der Bedarf ist gurgelt auf jährlich mindestens 700 gestiegen. Jugeführt werden der Anatomie jedoch nur etwa 300. Ein Gang in die verschiedensten Studierjule zeigt, wie peinlich sauber alles gehalten ist und wie pietätvoll die praktischen Studien ausgeführt werden. Die Bestattung dieser sogenannten „Anatomieleichen“ erfolgte in den Jahren 1796—1818

in einer jede Pietät vermissenden Weise. Die in diesen Jahren noch „Königliche“ Armenverwaltung ließ aus Sparparkeitsgründen immer zwei Körper in einen Sarg legen und, wenn vorhanden, auch noch die Leiche eines Kindes. Oft brachen die Särge beim Transport auseinander und die Körper mußten zum Entsetzen der Bevölkerung neu eingelagert werden. Auf Grund dieser Erfahrungen wurden dann „Hörsärge“ angefertigt, mit Leichen angefüllt, auf den Armentichhof geschafft, dort entleert und sodann immer wieder verwendet. Es war ein für die Behörden und auch für die Menschheit entehrendes Vorgehen. Erst als im Jahre 1819 die Armenpflege der Stadt Berlin als Selbstverwaltung übertragen wurde, erhielt wieder jede Leiche einen besonderen Sarg, den sogenannten „Armenjarg“ oder „Rosenquetscher“. Es ist ein Verdienst der Sozialdemokratie, nicht nur den „Armenjarg“ beseitigt, sondern auch eine pietätvollere Bestattung der „Anatomieleichen“ erreicht zu haben. Die Anatomische Anstalt der Universität überführt jetzt jede Leiche besonders und unergütlich dem Krematorium Wilmersdorf, dort erfolgt die Eintragung in die Register und die Einäscherung in der allgemein üblichen Weise. Jede Asche wird in einem besonderen Behälter aufbewahrt und für sich so sorgfältig beigelegt, daß die Grabstätte den sich etwa später meldenden Angehörigen zur Pflege und Ausschmückung überlassen werden kann, auch eine etwa erforderliche Ausgrabung des Behälters und Ueberführung auf einen anderen Friedhof möglich ist.

Bedeutet die durch unsere Genossen im Magistrat bewirkte Regelung der Bestattung schon einen erheblichen Fortschritt, so mögen diese Ausführungen unseren Vertretern im Stadtparlament und Landtag die Anregung geben, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, durch die es auch möglich wird, das zur Ausbildung guter Ärzte in der Anatomie notwendige Material herbeizuschaffen. Es hat begeisterte Worte gegeben, die zu ihren Lebzeiten an ihrem eigenen Körper Versuche vornehmen, um durch neue Erkenntnisse der leidenden Menschheit zu helfen. Wenn man von diesem Gesichtspunkt die hier behandelte Frage betrachtet, dürfte die Forderung der Anatomie, sie durch eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen bei der Ausbildung Studierender zu unterstützen, nicht unbillig sein.

### Aus dem Osten Berlins.

#### Die „Tonne“ als Verkehrshindernis.

Die Hauptverkehrsstraße im Verwaltungsbezirk Siedenberg ist neben der Frankfurter Allee die Boghagener Straße. Die Straße beginnt an der Frankfurter Allee und führt bis zur Ringbahn; sie ist mit 133 Nummern auch die längste Straße Siedenbergs. Die Boghagener Straße hat den ganzen Verkehr mit dem außerhalb der Ringbahn liegenden Ortsteil zu tragen, ist Verbindungs- und Fuhrstraße für alle im Osten belegenen Industrieunternehmen und zum Großkraftwerk Rummelsburg. Der Wagenverkehr ist so stark, daß zuweilen lange Wagenreihen auffahren, weil die Brücke verstopft ist.

Nun sollte man annehmen, daß eine Straße mit einem solchen Massenverkehr an allen Stellen ohne Lebensgefahr zu passieren ist. Daß das bei der Boghagener Straße nicht der Fall ist, wollen wir zeigen. Gehen wir die Boghagener Straße bis zu Ende, so stehen wir verblüffend vor einer Bahnüberführung, wie sie wohl in Groß-Berlin nicht wieder zu finden ist. Die Ringbahn wird hier direkt zum Verkehrshindernis. Im Volksmund heißt die Brücke bezeichnenderweise „Die Tonne“. Die Unterführung ist so niedrig, daß große Wagen genau in der Mitte fahren müssen, wenn sie die Brücke passieren wollen. Hochbeladene Wagen müssen häufig umkehren und den Umweg über die Frankfurter Allee machen. Es kommt aber auch vor, daß ein Wagen festfährt und nur mit großer Mühe, zum Teil mit Hilfe der Straßenbahn, erst wieder losgeköhrt wird. Dabei ist die Brücke so schmal, daß die Straßenbahn nur einseitig fahren kann, trotzdem die Bürgersteige wenig mehr als einen Meter breit sind. Die Boghagener Straße wird durchfahren von den Linien 76 und 113, beide im 15-Minuten-Verkehr. Auf eine Beschwerde wegen unzureichender Wagenfolge gab die Verwaltung bekannt, daß zu Hauptverkehrszeiten Einbahnwagen fahren, so daß ein etwa 4-Minuten-Verkehr in beiden Richtungen eintritt. Die Bahn unter der Brücke ist einseitig, die Brücke selbst führt zur Straße im stumpfen Winkel. Der Fahrer ist daher nicht imstande zu sehen, ob ein Wagenzug entgegenkommt. Es wird also fleißig „gebimmelt“. Was aber auch nicht immer hilft, denn häufig treffen zwei Züge in der Mitte unter der Brücke zusammen. Aus der Stadt kommen meistens mehrere Züge hintereinander. Es heißt dann hübsch gemächlich „Rückwärts“. Die Straßenbahnen haben unnütigen Aufenthalt, die Fahrgäste toben. Und das alles im Zeichen des „Schnellverkehrs“. Rechts von der Brücke steht ein riesiger Schulbus, der folgende Schulen beherbergt: die 15., 16., 23. und 37. Gemeindegemeinschaft, die Anabermittelschule, die kaufmännische und die gewerbliche Fortbildungsschule. Schräg gegenüber steht das Jahn-Volkshaus, so daß allein rund 5000 Schulkinder täglich zweimal diese Menschenmenge passieren müssen. Neben der Jahnstraße ist das Arbeitsamt, das täglich von zahlreichen Personen aufgesucht wird. Links von der Brücke, die ganze Hirschberger Straße entlang bis zur Kanalstraße, stehen sich die gewaltigen Werke der Knorrbremse hin, so daß zuweilen ein ununterbrochener Menschenstrom unter der Brücke flutet. Da der Bürgersteig wenig mehr als einen Meter breit ist, sind die Passanten gezwungen, den Straßenrand zu benutzen. Bei der jetzigen Witterung schon ein

unhaltbarer Zustand, der zu Unglücksfällen führen muß, wenn erst durch Schnee und Frost die Straßen glatt werden. Es ist nur verwunderlich, daß nicht noch mehr Unglücksfälle vorkommen. Daß bei Ueberflimmungen, wie wir sie im Juli hatten, die Brücke überhaupt unpassierbar ist, das nebenbei.

Vor einigen Wochen teilte der Bürgermeister Dr. Siggel in einer Bezirksversammlung mit, die Stadt hätte 200000 M. als erste Rate zum Umbau der Brücke bereitgestellt, gefolgt ist aber bis heute noch nichts. Es ist wirklich an der Zeit, diesen unhaltbaren, einer Großstadt unwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten.

### Die Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln.

#### Es geht vorwärts.

Die Bauarbeiten für die Schnellbahnstrecke Gesundbrunnen—Neukölln, die ursprünglich von der UEB. gebaut werden sollte, aber im Kriege stehen blieb, haben in letzter Zeit ganz erhebliche Fortschritte gemacht. An etwa zehn Bauabschnitten ist man an der Arbeit, um diese wichtige Strecke, die den Namen S.-N.-Bahn tragen wird, möglichst bis zum Herbst des nächsten Jahres fertigzustellen.

Den Anschluß an die Nord-Süd-Bahn und die Hochbahnstrecke Gleisdreieck—Barthower Brücke hofft man sogar schon Mitte des Jahres 1927 dem Betrieb übergeben zu können. Von der Jlethenstraße bis zur Karlsartenstraße ist der Tunnel an dem üblichen Ende der Bahn in Neukölln schon vollständig fertiggestellt, und gleichfalls ist die Trasse im Zuge der Hermannstraße und des Kottbusser Damms bis zum Kottbusser Tor, wo der Landwehrkanal unter großen bautechnischen Schwierigkeiten unterfahren werden mußte, vollständig ausgeschachtet. Die Strecke von der Reichenberger Straße bis zum Moritzplatz ist vor einigen Wochen ebenfalls in Angriff genommen worden, und hier ist man dabei, die Vorarbeiten zur Ausführung des Tunnelschachtes vorzunehmen. Am Moritzplatz sind gegenwärtig umfangreiche Kabel- und Kanalisationsverlegungsarbeiten im Gange, damit dann auch dort, nachdem die Pfeilträger, auf denen die provisorische Holzdecke ruht, in die Erde gerammt sind, die Ausschachtungsarbeiten beginnen können. Der nächste Teil der Linie im Laufe der Dresdener und Brückenstraße ist auch schon im Schacht fertig, während von der Brückenstraße bis zur Reanderstraße bereits die Tunnelsohle betoniert wird. Fertiggestellt ist auch schon der Teil unter dem Spreetunnel zwischen der Weissen- und Jannowstraße und weiter bis zum Umtsgericht in der Neuen Friedrichstraße am Alexanderplatz, das zum Teil schon unterfahren wird, während die Unterführung der Markthallen, unter denen die Trasse gleichfalls durchgeführt wird, schon fertiggestellt ist. Auch in der Rosenhaleser Straße und am Rosenhaleser Platz sowie in der Brunnen- und Jnvalidentstraße werden gegenwärtig die Vor- und Rammarbeiten ausgeführt, die hier wegen der vielen unterirdischen Kabel- und Kanalisationsleitungen mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden sind. Einen Begriff davon, welche Erdmassen bei dem Bau ausgehoben werden müssen, erhält man am besten aus der Tatsache, daß für die Ausschachtung der verhältnismäßig kurzen Strecke von Hermannstraße 21 bis Kottbusser Damm Nr. 100 230 000 Kubikmeter Erde entfernt werden mußten. Auch die Mengen an Beton sind ganz enorm, so mußten allein für diese Strecke 550 000 Kubikmeter Beton eingebaut werden. Auch die Verankerung der Nord-Süd-Bahn bis zur Grenzallee, die kürzlich von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt wurde, ist bereits in Angriff genommen worden, um möglichst bald eine Verbindung mit der Ringbahnstrecke Neukölln der Reichsbahn herbeizuführen.

### Um die weltliche Schule.

Die Liste Schulaufbau veranstaltete in Bantow eine zweite öffentliche Versammlung, in der über die „Weltliche Schule“ gesprochen wurde. Schon lange vor Beginn war der große Saal des Konzerthauses Lindner überfüllt. Der Referent, Stadtschulrat Dr. K. Loewenstein, begann mit dem Hinweis, daß die „Christlich-Unpolitischen“ behaupten, daß die Eltern und besonders die Arbeiter die Konfessionsschule zu behalten wünschen. Sonst wären mehr Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet als es bisher der Fall ist. Man sollte aber einmal die Eltern, die wünschen, daß ihre Kinder konfessionell erzogen werden sollen, einen besonderen Antrag stellen lassen. Erst dann würde sich zeigen, wie viele Menschen mit der Kirche innerlich getrennt haben. Das aber ist eine Folge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind heute weltlich. Unser Wirtschaftsleben erfordert und erzwingt Anpassung an den modernen Arbeitsprozeß. Nun behaupten die „Christlich-Unpolitischen“, man brauche Religion, um Sitte und Moral zu erhalten. Sittliche Bindung ist etwas Notwendiges, aber sie ist nicht abhängig von Religion. Wir leben, das Gottesbewußtsein im Leben der Erwachsenen nicht mehr lebendig ist, es kann dann auch nicht mehr erzieherisch wirken. Das Kind kann aus Furcht vor dem strafenden Gott zu guten Taten angehalten werden. Wenn es dann aber sieht, wie im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben gestolben und betrogen wird und die Erwachsenen mehr Angst vor der Polizei als vor Gott haben, so wird die Wirkung der religiösen Erziehung nicht lange vorhalten. Sittliche Bindungen haben sich auch im modernen Wirtschaftsleben durch die Not entwickelt. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiter im Existenzkampf ist eine solche. Sie hat mit religiösen Vorstellungen gewiß nichts zu tun. Die weltliche Schule soll den Menschen mit Verantwortungsgesühl ausstatten, damit er im Dienste der Allgemeinheit handeln lerne und so ein Träger der Kultur werde. In mehrstündiger Aussprache versuchten die Anhänger der christlichen Schule die Darlegungen Dr. Loewensteins zu entkräften. Geredet wurde viel, aber wenig Ueberzeugendes. Als der Referent mit dem Schlußwort begann, versuchten einige Christen die Versammlungsteilnehmer zum Verlassen des Saales zu bewegen. Es folgten aber nur etwa 30 dem Rufe. Die Einberufer aber konnten eine große Anzahl von

### Ein gutes Buch

ist das beste Weihnachts Geschenk  
Du erhältst es in deiner Parteibuchhdl. J. S. W. Dieß  
Nachf. (früher Vorwärts-Buchhandlg.), Lindenstr. 2



# Schenkt einander Salamander,

weil es für das gleiche Geld kein wertvolleres Geschenk gibt.



Anmeldungen suchen. Weitere Anmeldungen nehmen an: F. Schmidt, Brennerstr. 8 II; J. Gaulte, Paradiesstr. 1; K. Bohn, Kaiser-Friedrich-Str. 74a IV; A. Auland, Görchstraße 22; Weich, Florastr. 40/41 I; A. Flatau, Lindenpromenade 54 Stf. II; Germer, Arkonstr. 74; Klindt, Breite Straße 16; Schmiede L. Wendelstr. 51; Apel, Damerowstr. 47; Hippel, Florastr. 7; Köpfer, Gailardstr. 18; Wittkopf, Schmidtstr. 4.

## Aus den Bezirken.

### 3. Bezirk — Wedding.

Die Bezirksverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit einer Vorlage des Bezirksamts über die Bewilligung von 15 750 M. aus Vorbehaltsmitteln für besondere Notstandsmahnmahnen. Das Geld soll zur Beschaffung warmer Unterkleidung für die Erwerbslosen und deren Kinder sowie als Beitrag zur Verschickung Tuberkulöser verwendet werden. Zu sehr lebhafter Debatte führte ein Antrag der SPD., daß den Notstandsarbeitern die Regentage mitbezahlt werden sollen. Genosse Krause führte dazu aus, die Notstandsarbeiter würden in der Hauptsache nach dem Tarif der Bauarbeiter bezahlt und dieser Tarif keine eine Bezahlung der Regentage nicht; darum sei die SPD. nicht dafür. Sie stelle aber folgenden Abänderungsantrag: „Das Bezirksamt wird ersucht, beim Landesarbeitsamt sowie beim zentralen Magistrat zu veranlassen, daß den Notstandsarbeitern der Unterstützungssatz für Erwerbslose unter allen Umständen garantiert werde.“ Die SPD. wolle dafür sorgen, daß Arbeitende nicht weniger erhalten als Arbeitslose. Das Ziel der SPD. aber sei, das Arbeitsverhältnis der Notstandsarbeiter in ein freies Arbeitsverhältnis umzuwandeln. Dies könne aber nur durch Beschlüsse des Reichstags geschehen. Genosse Stadtrat Bock führte Klage, daß einzelne Notstandsarbeiter mit Absicht nur ein Mindestmaß von Arbeit leisten, so hätte der kommunistische Bezirksverordnete Berndt, der auch als Notstandsarbeiter auf den Rehbergen beschäftigt werde, und noch zwei Arbeiter während eines Tages nur 10 Quadratmeter rigolt. Den Gewerkschaften sei es zu danken, wenn die Notstandsarbeiter nach dem Tarif der Bauarbeiter bezahlt würden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der SPD., daß den Notstandsarbeitern der Unterstützungssatz der Erwerbslosen unter allen Umständen garantiert werden müsse, mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kam es nach der Abstimmung. Als Genosse Klose darauf hinwies, daß der kommunistische Fraktionsvorsitzende nicht nur Gastwirt, sondern auch Automobilfahrer sei, also einen doppelten Beruf habe und so einem Erwerbslosen das Brot wegnehme, wurde der kommunistische Fraktionsführer in seinen Ausführungen derart gemein, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte.

### 6. Bezirk — Kreuzberg.

Vor Beginn der letzten Bezirksversammlung fiel die rege Teilnahme der Mitglieder aller Parteien an dem Befinden unseres Fritz Jubel auf. Allseitig wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß es der ärztlichen Kunst gelingen möge, den allverehrten Kämpfer am Leben zu erhalten. In der Bezirksversammlung brachte das Bezirksamt durch Vorlage zur Kenntnis, daß der Magistrat aus finanziellen Gründen auf seinem früheren Standpunkt beharre und keine Mittel für den Umbau von gewerblichen Räumen zu Verwaltungszwecken hergeben könne. Das Bezirksamt ist somit nicht in der Lage, Wohnräume freizumachen und ihrem ursprünglichen Zwecke zuzuführen. Ein von uns gestellter und vom Genossen Sänger begründeter Antrag verlangt unter Berufung auf den in der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Antrag unserer Fraktion betreffend Schaffung von Arbeitsgelegenheit einen erneuten Vorstoß in dieser Richtung. Dem Antrag stimmten alle Parteien zu. Ebenfalls einstimmige Annahme fand ein von den Demokraten gestellter und von der Wohlfahrtsdeputation empfohlener Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für die mit Arbeit überlasteten Wohlfahrtsvorsteher. Der Antrag geht an den Magistrat weiter. Die Bezirksversammlung stimmte weiter der Ausführung eines vom Garten- und Bauamt vorgelegten Entwurfes über die

Errichtung eines architektonisch schönen Kinderpielplatzes auf der Gneisenapromenade in der Nähe der Jossener Straße aus Vorbehaltsmitteln beider Körperschaften zu. Von den Rednern aller Fraktionen wurden zu einem demokratischen Antrag auf Beseitigung der schlechten hygienischen Zustände in den älteren Volksschulen des Bezirks viele Wünsche in bezug auf die Abortanlagen gerügt. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß Abhilfe nur eine Austeilung der Schulverwaltung bringen kann.

### 11. Bezirk — Schöneberg.

In der Bezirksversammlung vom 8. Dezember wurde Genosse Oskar Hauffe, der schon früher einmal der Versammlung angehört, an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Ost eingeführt. Das Bezirksamt zog es vor, eine Anfrage unserer Fraktion über die noch immer nicht behobenen Mängel in dem Jugendheim, das in der ehemaligen Kapelle des früheren „Maison de santé“ untergebracht ist, nicht zu beantworten. Die Anfrage wird erst in der nächsten Sitzung Gegenstand der Verhandlung sein. Bei der Errichtung eines Schwimmbades auf dem Dominicusplatz haben sich mancherlei Schwierigkeiten ergeben, so daß zur endgültigen Klärung ein besonderer Ausschuss eingesetzt werden mußte. Die Kommunisten, die bei den Ausschussberatungen des Haushaltsplanes durch Stillschweigen glänzten, übertraten die Versammlung mit einer Reihe von Anträgen, aus denen ihre Unkenntnis des tatsächlich schon Gelernten wieder einmal hervorging. Sie forderten u. a. beim Kapitel „Unterstützungswesen“ freie Arztwahl und freie Fahrtausweise für Schwerbeschädigte, Forderungen, die längst in den Voranschlag hineingearbeitet waren, und bewiesen damit, daß sie die Kunst, einen Etat zu lesen, bisher noch nicht begriffen haben. Leider wurde die sozialdemokratische Fraktion durch einen von den Bürgerlichen gestellten Schlusstrang daran gehindert, die „praktische“ Tätigkeit der Kommunisten ins rechte Licht zu setzen. Endlich wurde noch ein bürgerlicher Antrag, der die Freigabe der Rodelbahn im Stadtpark behandelt, beraten. Genosse Kamrowski wies auf die zahlreichen Unglücksfälle hin, die bei der Benutzung dieser Bahn zu verzeichnen waren. Er sprach die Erwartung aus, daß die Rodelbahn durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen gebrauchsfähig gemacht werden möge.

### 16. Bezirk — Köpenick.

In der außerordentlichen Sitzung vom 10. d. M. wurden die Bedarfsnachweise für 1927 einstimmig angenommen. Zahlreiche Anträge wurden beraten und insbesondere der von den Kommunisten eingebrachte Antrag der Nichtbeschäftigung von Mitgliedern monarchistischer Organisationen im Verwaltungsbezirk der Stadt Berlin löste eine lange Redebeschäftigung aus. Die sozialdemokratische Fraktion hatte dafür einen Antrag eingebracht, nach dem bei der Wahl von Wahlbeamten unter gleichen Bedingungen demjenigen der Vorzug zu geben sei, der treu auf dem Boden der Republik stehe und dies öffentlich bekunde. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Von den Anträgen unserer Partei, die bei der Beratung des Haushaltsplans angenommen wurden, seien noch folgende hervorgehoben: bei Submissionsarbeiten nur Arbeitgeber zu berücksichtigen, die die Tarife und Lohnabkommen, die zwischen den in Frage kommenden Organisationen geschlossen wurden, berücksichtigen, keine Lehrlingszüchter sind und ihr Gewerbe nach gewerblich einwandfreien Grundsätzen betreiben. Ein anderer Antrag forderte, bei der Zentrale auf die Ergänzung und Instandsetzung der sehr vernachlässigten Bestände an Lehrmitteln in den Schulen zu dringen. Andere Anträge der SPD.-Fraktion: mit dem Ausbau des Verkehrs und der Verbesserung der Straßen in den Außenbezirken zu beginnen. Kommunistische Anträge, die sich im Rahmen des Möglichen bewegten, wurden mit unserer Unterstützung angenommen. Auch die bürgerlichen Anträge auf Vermehrung der weiblichen Kräfte an den städtischen Krankenhäusern und die Bildung einer Deputation für Lebensübung im Bezirk fanden einstimmige Annahme. Die Versammlung beschloß sich dann noch mit dem Ausbau der Straße 50 in Friedrichshagen und der Entwässerung in Wilhelmshagen, die dringend notwendig geworden ist. Die Beratungen nahmen einen ruhigen Verlauf, da die sonst von gewisser Seite hinfommandierte Zuhörerhaft fehlte.

Eine schönheitsfeindliche Kirchengemeinde. „Los von Berlin! Berlin vernachlässigt uns!“ So und ähnlich heißt man jetzt wieder in den ländlichen Orten der Außenbezirke. Wie demagogisch man dabei vorgeht, zeigt folgender Vorfall, der uns aus dem Bezirk Köpenick gemeldet wird. In der letzten Bau-deputations-sitzung kam unter anderem zur Sprache, daß die vom

Bezirksamt wiederholt beabsichtigte Umgestaltung des Kirchplatzes in Wilhelmshagen, der wirklich sich in einem trostlosen Zustand befindet, zu einer Schmuckanlage leider an der ablehnenden Haltung der Kirchengemeinde gescheitert ist. Die Kirchengemeinde hat die vom Bezirksamt geforderte Auflösung des Platzes an die Stadt, welche in Anbetracht der erheblichen Herstellungskosten unerlässlich war, abgelehnt.

### Vorbildliche Genossenschaftsfilme.

Zu den vorzüglichsten Filmen der zum Zentralverband deutscher Konsumvereine gehörigen Zentralfilm ist ein weiterer Film gekommen mit dem Titel: Trinkt gesunde Milch! Dieser Film zeigt den neuen, aus modernsten eingerichteten Molkereibetrieb der „Produktion“, Hamburg, auf deren Gut Schwanheide (Mecklenburg). Der Film läßt hochentwickelte Technik und Wissenschaft auf dem Gebiete der Milchvorbereitung großstädtischer Verbrauchermassen schauen. Interessant sind auch die Aufnahmen vom Leben und Treiben auf dem 1600 Morgen großen Gute Schwanheide. Der Film weist auf den gesundheitlichen Wert und auf die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Milchgewinnung, Milchbehandlung und des Milchgenusses hin. Alle Sachverständigen, die den Film schon gesehen haben, sind einer Meinung über die glänzend gelungenen Herstellung des Filmes. Der Film ist als Lehrfilm von der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin anerkannt worden. Es heißt in der Zulassungsbescheinigung: „Der Bildstreifen ist geeignet für Berufswirten des Nahrungsmittelgewerbes, für Haushaltungsschulen, niedere und mittlere Landwirtschafts-, Frauen- und höhere Mädchenschulen, für obere Klassen von Volksschulen, Hausfrauenvereine und Volksbildungsvereinstellungen.“

Weihnachtskonzert der Schupo. Das Kommando der Schutzpolizei veranstaltet am Sonntag, den 19. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße, ein Weihnachtskonzert. Der Zweck der Veranstaltung soll sein, den wenig bemittelten Bevölkerungsteilen durch gute Musik, die der Weihnachtsstimmung Rechnung trägt, eine Freude zu bereiten. Die Leitung des circa 80 Mann starken Sinfonieorchesters der Schutzpolizei hat der langjährige Dirigent des Philharmonischen und Bläserorchesters, Camillo Hildebrand, übernommen. Es wirkt außerdem der Gemischte Chor der Schutzpolizei (circa 200 Mitglieder) mit. Besonders hervorzuheben ist, daß auch Frau Gertrud Bindernagel (Staatsoper Berlin) sich in den Dienst der guten Sache gestellt hat.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiern am 12. Dezember der Eheleute Gustav Heiß und seine Ehefrau Marie, wohnhaft Große Frankfurter Straße 74, in geistiger und körperlicher Frische und im Kreise ihrer Kinder.

Wohnungsjähriges Meisterjubiläum. Herr Zimmermeister Otto Frenckner hat am 12. Dezember 1876 vor der Wohnungscommission zu Palminden sein Meisterjubiläum erworben, so daß er an diesem Tag sein 50jähriges Meisterjubiläum feiert. Der Jubilar steht im 71. Lebensjahr.

Wanderungen durch den Kreis Teltow. Von Wilhelm Reihner, I. und 2. Teil. Verlag Robert Rohde, Berlin S. 26.

Der Name des Kreises Teltow ist jedem Berliner bekannt, aber über den Kreis selbst, über das, was er in Wirklichkeit bringt, weiß man so gut wie nichts. Da hat sich nun ein Berliner Wanderermann und Heimatfreund, der auch mit dem Reichenhaff aus umgebenen weilt, Wilhelm Reihner, aufgemacht und hat den ganzen Kreis Teltow abgewandert. Und was er sah und erlebte, will er in drei Bänden, von denen zwei erschienen sind, der dritte bekunntgeben. In der Tat, es ist zum Erstaunen viel, was es in diesem an sich fertigen Landstrich zu sehen gibt. Aber man muß, wie Reihner selber die Augen aufzutun man muß, wie er, mit einer hingebenden Liebe zum Land, seinen weitesten landschaftlichen Reizen anderer deutscher Striche nicht gelangweilt von ja einer Aufgabe abzuwenden. Und wenn die Beschreibung des Kreises auch keine literarisch-künstlerische ist und wohl auch nicht sein will, so ist sie in ihrer schlichten Sachlichkeit ein immer angenehmer Begleiter. Wie unsere meisten Heimatbücher entsetzt auch Reihner nicht der Gefahr, alles historisch zu werden und man würde gern lesen, daß er auch der Gegenwart und den Aufgaben der Zukunft näher träte. Der Verfasser versucht eine Synthese aus Urgeschichte, Geschichte, Kulturgeographie, Verkehrsgeographie, Sage, Volkskunde, Geologie, Zoologie und Botanik. Hoffenlich behandelt er im dritten Band die Stadt Teltow, deren heutige Entwicklung beachtenswert ist, ferner den Teltowkanal und das „Gebirge“ des Kreises Teltow, die Gipfelberge bei Sperenberg. Auch die Wirtschaft und Sozialverhältnisse des Kreises und seine Verwaltung wären des Schilbers wert. Im ganzen sind es so erfreulich wirkende Bücher, daß sie sofort in die Volksbibliotheken sowie in die Bibliotheken der Wanderer und Heimatfreunde gehören. Auch der Volksschulunterricht auf dem Lande dürfte profitieren. Wir Gajellenen wollen Reihner Dank wissen, daß er unterem Kurt Grottel ein freundliches Wortmal setzte.

San.-Rat Lungentee mit Nährsalzen seit Jahrzehnten bei Lungenleiden, Asthma, Brust- und Lungen-Katarrhen, Husten, Keiserkelt, Verschleimung der Atmungsorgane, selbst in schweren Fällen, bestens bewährt und empfohlen. Prospekt gratis. Originalpaket M. 2.50, 3 Pakete M. 7.00 versendet kostenfrei. Generaldepot: Elefant-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74, am Dönhofsplatz

## Musikaufträge

überläßt man nur dem Nachweis des Deutsch. Musikerverbandes, Berlin O 27, Lindenstr. 21 (Königsplatz 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

# Nichts geht über LUX Seifenflocken!

In jüngster Zeit rieseln Seifenflocken wie Blüten im Mai auf die erstaunte Hausfrau nieder. Schuppen, Flocken, Schnitzel, Späne — wer kennt sie alle, nennt die Namen? Halb ärgerlich, halb belustigt blickt sie in das tolle Gewirbel, das sich ihrer feinen Wäsche bemächtigen möchte. Endlich wehrt sie sich entschlossen:

## Nichts geht über LUX Seifenflocken!

Nicht alles, was die Luft durchrieselt, ist rein wie Schnee. Nicht alles, was sich Seifenflocken nennt, ist

auch nur gute, reine Seife. Was käme den seidenzarten LUX-Seifenflocken gleich, deren beispielloser Erfolg diesen Wettlauf aussichtsloser Nachahmungen heraufbeschworen hat?

## Es bleibt beim Alten:

Nur LUX Seifenflocken für Seide, Wolle und alle feine Wäsche, für Wickel, Windeln und Kinderwoll-sachen. Nur die zarten LUX-Flocken für alles, was zart und fein ist und zarte Behandlung erfordert.

Sunlicht Gesellschaft A. G., Mannheim-Rheinau.



LUX Seifenflocken nie lose!

Achten Sie auf die LUX-Packung!



## Frei ist der Bursch!

Schmutz- und schundfreier Gesellschaftsroman in sieben Kapiteln.

Von Hadwiga Kurz-Malheur.

### IV. Frei ist der Bursch!

Ein klarer Wintermorgen stieg über den blauen Haselstein herauf und besudelte auch Herrn Dr. med. Bärchen, der in Filzpantoffeln und Schlafrock beim wacker duftenden Frühstück saß. Nicht ganz so strahlend wie diese laurische Morgenstunde war sein Auge, das trüb umflort auf die gelbe Teebutter starrte. Er ahnte nicht mit Unrecht, daß der kommende Tag noch manches Feindliche gegen ihn im Schilde führte. Richtig! Gleich darauf trat das in seinem Solde stehende reife Mädchen herein, das schon seit längerer Zeit seines Hauses redliche Hüterin war. Auch ihr Auge war trüb umflort, und als sie, dem Doktor Kasse eingiechend, ein wenig von dem edlen Trankte verschüttete, fragte der Hausherr etwas gereizt:

„Na?“

Beschwichtigend versuchte das Fräulein die Hand des Doktors zu fassen, der sie ihr mit heftiger und männlich kühner Bewegung entzog.

„Na, hören Sie mal, was soll diese familiäre Vertraulichkeit? Ich liebe diese Anbiederungen nicht.“

Und nun brach die lange verriegelte Schleiße weiblicher Berebtheit auf elementarer Gewalt hervor:

„Also so einer sind Sie, Herr Doktor? Wenn es dunkle Nacht ist und niemand sieht, können Sie ein ehrbares Mädchen in den Mund der Leute bringen, aber am Tage, wenn es hell ist, will man's nicht gewesen sein. Aber das sage ich Ihnen, wann heiraten wir?“

Doktor Bärchen erhob sich in seiner ganzen Würde vom Beihstuhle und schlug mit großer Bewegung die Falten des Schlafrockes um die Knie, jeder Zoll ein echter Mann.

„Was wollen Sie damit sagen, Luise? Es ist wahr, daß mein Fleisch eine schwache Stunde hatte, aber das berechtigt Sie noch nicht zu einer anmaßenden Forderung. Ja, wenn ich Ihnen zur Erlistung eines Vorteiles die Ehe versprochen hätte! Aber es ist mir nicht eingefallen, ein Versprechen daran zu knüpfen, denn ich bin korrekt, und unsere Ehrvergessenheit war durchaus keine Pflichtvergessenheit, denn es lag eine freie Uebereinkunft vor, wie man das juristisch nennt.“

Die entsetzte Luise schlug aufschreiend die Hände vors Gesicht und enteilte auf den nahen Stuhl, wo sie, sich niederlassend, rief:

„Das könnte Ihnen so passen, erst verführen und dann drücken. Es ist Ihre Pflicht und Schuldigkeit, ein ins Unglück gestohenes Mädchen zu heiraten.“

Wie ein Fels im Gewitter stand Doktor Bärchen da.

„Sie müssen doch einsehen, Luise, daß zwischen uns beiden soziale Unterschiede bestehen, die eine Ehe unmöglich machen. Ich trug zu Marburg stolz das Band der Herceponen und habe geschworen, es nie zu bestreiten. Vivat academia ist allzeit mein leuchtender Wahlspruch gewesen, und dem muß ich treu bleiben, und darum kann ich Sie nicht heiraten. Korrekt bis ans Grab, das gab mir mein Leibbursch mit auf den Weg, und ich habe es später meinem Leibbursch vererbt. Ich heirate nicht, Luise!“

Wie das aber so geht, so konnte auch Luise, das einfache Mädchen aus dem Volke, den höheren Standpunkt nicht fassen. Schon zwei Stunden später steckte sie sich in der Küche den Gashahn in den Mund, wurde aber von der dazukommenden Milchfrau gerettet, weil sie vergessen hatte, den Gashahn aufzudrehen. Infolgedessen geisterte bereits um die Mittagstunde das Gerücht durch die stillen Patrizierhäuser des Potsdamer Westens, daß Doktor Bärchens Luise den gräßlichsten Selbstmordtod erlitten habe, weil sie ihr Herr und Gebieter als Versuchsanfänger überdosierte hatte.

### V. Und über allem das Geseh!

Es ging schon weit auf den Mittag zu, als Herr Staatsanwaltschaftsrat Veoff sich aus dem wohligh durchwärmten Bette erhob. Classischen Schrittes tänzelte er im schwarzweißrotgestreiften Pyjama durch die fünf Zimmer seiner frugalen Junggesellenwohnung, nahm sein beschiedenes, aus Ham and Eggs bestehendes, erstes Frühstück ein und machte sich dann an seinem Diplomatenschreibtisch sofort an die schwere Berufsarbeit. Hatte ihn doch das Vertrauen seiner Vorgesetzten dazu berufen, für die demnächst stattfindende Polizeiausstellung die Abteilung „Pornographie“ zu bearbeiten. O, der Herr Staatsanwaltschaftsrat kannte sich auf diesem Gebiete aus, und seine Vorgesetzten wußten, wenn sie ihr Vertrauen schenkten. Fast täglich bekam er vom Polizeipräsidenten konfiszirte Bücher, Bilder und Zeitschriften, die der Beschlagnahme verfallen waren und die der Herr Staatsanwaltschaftsrat nun mit großer Sachkenntnis registrierte und sammelte. Feinlich hütete er diese verhänglichen Dinge von den subalternen Organen der Polizei und der Justiz, und nur den serösen und über jeden Verdacht erhabenen Herren seines Regellubs gewährte er an den Regelabenden regelmäßig Einblick in die haarsträubenden Objekte seines todersten Berufes, natürlich nur, um den Herren ein tiefstürzendes Studium der Volksseele zu ermöglichen.

Der Herr Staatsanwaltschaftsrat hatte gerade die Durchsicht seiner Morgenpost beendet, als seine in Ehren ergraute Wirtin mit dem koketten Spigenhäubchen des dienenden Standes ihm zwei Herren meldete, die ihn im feierlichen Schwarz zu sprechen wünschten. Der Herr Staatsanwaltschaftsrat, teils aus einer Burschlichkeit, die über das förmliche erhaben ist, teils in der Meinung, daß es sich um die beiden Gerichtsdienere Krawatschke und Krawatschke handelte, bat einzutreten. Er war nicht wenig überrascht, als er in dem frühen Besuch den Oberleutnant Graf Fahlen, den persönlichen Freund seiner königlichen Hoheit des Prinzen Eitel Oskar von Preußen, und den Herrn Generalstabsarzt v. Lumpwitz erkannte. Die freundliche Begrüßung erstarrte ihm auf den schreckensbleichen Lippen, als er einen Blick in die feierlich strengen Gesichter der Herren warf, und ebenso förmlich knallte er die Haken seines Pyjamas zu einem konventionellen Gruße zusammen. Die weltmännlich einladende Bewegung zum Niedersitzen beachteten die Herren nicht, und so sah sich Staatsanwaltschaftsrat Veoff zu der Frage veranlaßt:

„Womit kann ich den Herren dienen?“

Der Graf von Fahlen, dem der konventionelle Ton sichtlich schwer fiel und der allgemein als Kinderfreund in ganz Deutschland bekannt war, nahm als erster das Wort:

„Herr Staatsanwaltschaftsrat Veoff, wir sind in der Lage, Ihnen mitzuteilen, daß wir als Beauftragte des Herrn v. Sechzehnder, Rittmeister der Reserve a. D. im Kurbrandenburgischen Husarenregiment Fürst Leopold von Dessau, zu Ihnen kommen. Es dürfte Ihrem Scharfsinn nicht entgangen sein, daß Sie in vergangener Nacht die Belange des Herrn v. Sechzehnder in ganz bestimmter Weise verlegt haben, dies um so mehr, als Sie sich jetzt noch im Zustande des Corpus delicti zu befinden scheinen.“



Kuttner  
am Pranger.

Pied: „Wie schamlos dieser Kuttner säßt, dafür einige Beweise. Er hat von einem Brief der Kommerz- und Industriebank Sowjetrußlands an die Gefu gesprochen. Dabei hat es sich gar nicht um einen Brief, sondern lediglich um eine geschäftliche Mitteilung gehandelt! Und das Schiff, das in Stettin russische Granaten geladelt hat, ist gar kein Schiff, sondern ein Fahrzeug gewesen! Dann aber das Entscheidende: Die Munition soll von den freien Proletariern Rußlands geliefert worden sein. Ich frage Sie nun: Wo in aller Welt existieren diese freien Proletarier Rußlands?“

Bei diesen letzten Worten konnten sich Graf Fahlen sowie auch Herr v. Lumpwitz nicht verkneifen, den Schlafanzug des Herrn Staatsanwaltschaftsrats mit einem vielstimmigen bzw. verständnisvollen Blick zu streifen. Graf Fahlen fuhr aber im straffen soldatischen Tone sofort fort:

„Herr v. Sechzehnder nimmt an, daß Sie ebenso Kavallerist sind wie er, und sendet uns als seine Kartellträger, um von Ihnen die Namen Ihrer Sekundanten zu erfahren, damit die Angelegenheit auf Ehrenmännerart erledigt bzw. mit Blut gereinigt werde.“

Beide Herren machten nach diesen lichtvollen Ausführungen Graf Fahlen eine knappe Verbeugung, der selbst ein Laie die Gardehülle ansehen mußte, und sahen erwartungsvoll zu Herrn Veoff auf, welcher die beiden mit sprachlos offenem Munde erstaunt ansah. Schließlich warf er sich in die Brust und sagte:

„Die Dilettante, meine Herren, verbietet mir, auch nur mit einem Sterbenshauche auf die von Ihnen vorgebrachten ungeheuerlichen Dinge näher einzugehen. Ich bin selbstverständlich ebenso Ehrenmann wie Herr v. Sechzehnder, bin überdies Akademiker und Deputierter der Reserve. Aber, meine Herren, ich bin auch Jurist und moralisch sowie gesetzlich verpflichtet, dem Gesetze unter allen Umständen Respekt zu verschaffen. Das Gesetz aber befiehlt, daß der Zweikampf als ungesetzlich den einschlägigen Gesetzesbestimmungen unterworfen beziehungsweise verboten ist. Die ungeschriebene Eihilf meines Standes untersagt mir also, diese Herausforderung zum Zweikampf anzunehmen. Uebrigens glaube ich nicht, daß Herr v. Sechzehnder begründete Ursache hätte, mir einen, zugegeben etwas späten Besuch bei der gnädigen Frau überzunehmen. Ich bin nämlich nicht nur Jurist, sondern auch Christ, und als solcher hatte ich ein dringendes Bedürfnis, die gnädige Frau in ihrer Einsamkeit zu trösten. Selbstverständlich nur in der Art, wie sie unter preussischen Gentesmanns üblich ist. Ich habe meinen Ausführungen nichts hinzuzufügen und bitte Sie, das dem Herrn v. Sechzehnder mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung ergebenst zu übermitteln.“

Als die Herren mit einem ziemlich gemessenen Gruße gegangen waren, warf sich Herr Veoff aufatmend auf den damastüberzogenen Büschfauteuil und murmelte ingrimmig zwischen den Zähnen:

„Beim heiligen Riesenbrotter, diese Marsöhne, diese Enaktskinder können einem verdammte zusehen, aber bei allen Heiligen, ich will nicht Oberstaatsanwalt werden, wenn ich die Riste nicht schneide!“

(Schluß folgt.)

## Ostpreussischer Wald.

Von Billy Möbus.\*

Ostpreussischer Wald! Gepflegter Urwald. Hoch ragende Stämme. Dichtes Unterholz und weitenwege Wege. Einsamkeit überall, grenzenlose Einsamkeit. Das Reid ist weit und auch die Menschen. Zivilisation ist hier undenkbar. Nur ein Weg, zuweilen auch ein Gatter, erinnern daran, daß über diesen Wald irgendwelche Menschen wachen, von Staats wegen. Aber zehn Schritte vom Wege wächst es ursprünglich. Zehn Schritte vom Wege ist es geheimnisvoll, oft unergründlich. Da ist der Boden weich und pflanzenreich. Unter deinem Fußtritt quillt zuweilen Wasser. Dichtes Unterholz erzwingt einen Lufentritt, noch dichteres Gezweig in der Höhe mildert den Sonnenstrahl. Und mitten im Walde öffnet sich die

\*) Aus den ostpreussischen Wanderschaftsbildern und kulturhistorischen Schilderungen „Die östliche Insel“, die Billy Möbus soeben im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. erscheinen läßt.

Wand der Bäume. In breiten Strömen quillt das Licht und flutet über einen der vielen Seen. In der Höhe schlagen Rückenflügel millardenfältig, und das winzige Geräusch des einzelnen Schläges schwillt, millardenfach verstärkt, zum tönenden Gelaug eines von mächtiger Maschinenkraft bewegten Propellers. Waldvögel durchjagen die Luft oder rufen aus tieferbedeckten Zweigen. Flüchchen eilen flint über Steingeröll. Vom Sturm gefällte Bäume sperren den Weg. Der Hauch des Unfschligen weht über den Wipfeln. Eben noch leuchtet die Sonne. Die Luft geht auf. Ihr Spiel wird reper und reger, wächst zum Sturm. Er heult durch die Wipfel, hinab in die Tiefe. Er saßt die stärksten Bäume. Wirbelnd jagt er vorüber und entwirrt sie. Er verschwindet so schnell, wie er kam. Wieder lachte die Sonne. Wieder rufen und singen die Vögel, und in kleinen Leichen quaten tapfer die Frösche.

Wer sich je den ostpreussischen Wald erwanderte, der wird immer seiner gedanken und ihn lieben.

Die alten Ordensritter liebten ihn auch auf ihre Art. Sie gaben ihm die Freiheit, nach Herzenslust zu wachsen. Für sie war er die natürliche Schutzwehr gegen die im Osten wohnenden Ungläubigen. Der alte Urwald rechte seine Zweige über zahllose Grausamkeiten der Menschen. Durch ihn gingen die Kriegereisen der Ordensritter ostwärts. Durch ihn zogen höherfüllte Litauer westwärts. Bei solchem lebenswichtigen Besuchsaustausch kam es darauf an, den zufälligen Nachbarn mit Weib und Kind zu vernichten. Die Ordenspolitik bediente sich der rücksichtslosesten Grausamkeit als eines beliebigen Mittels zur Sicherung der Herrschaft. Die angegriffenen Eingeborenen verteidigten ältere Rechte. Die Grausamkeit des Ordens rechtfertigte die ibrige. Und für den Christen war jeder Heide vogelfrei. Damals lieferten sich die Menschen gegenseitig die besten Gründe für ihre mörderischen Taten.

Das ist so geblieben bis heute. Heute aber ist alles „großzügiger“. 1914 stuteten die Marschkolonnen aus dem Innern des geheimnisvollen Rußland durch die ostpreussischen Wälder. Der alte Kampf des Ostens mit dem Westen fand in den maurischen Forsten eine grauenvolle Wiedergeburt. Moderne Waffentechnik feierte blutige Triumphe. Tausende fanden in Ostpreussens Wäldern ihren Tod. Heldenriedhöfe flogen an. Sie zeugen von der „Kultur“ des zwanzigsten Jahrhunderts.

Ueber all dem rauscht der Wald. Er strebt empor in den Keiser und muß doch auf der Erde bleiben. Aus ihrer Tiefe saugt er die Kraft, die ihn himmelwärts führt.

Auch im Osten breiten sich heute Ackerfelder, stehen Gehöfte und Dörfer, wo früher Urwald war. Aber die großen Wälder, wie die Rominter Heide, der Rothebuder und Johannisburger Forst und andere, lassen noch ahnen, wie groß im alten Zeiten das Wagnis gewesen sein muß, sie zu durchqueren, damals, als sie nach tage- und wochenlangem Wandern unendlich schienen, als Bär und Wolf, Murochs und Elch hier heimisch waren. Das Grauen ging durch den alten Urwald! Heute ist es gebannt. Nur der Wissende zerbirt es vor sein inneres Auge.

## Zum Problem der Rechtsfähigkeit.

Neuere interessante Untersuchungen über die Rechtsfähigkeit hat vor kurzem Dr. Hans Kühn in einer größeren Arbeit veröffentlicht, deren Hauptgedanken etwa folgende sind: Die Menschen in der Vordiluvialzeit hatten nur derartig primitive Handfunktionen auszuführen, daß sich für sie die Ausbildung einer besonderen Händigkeit gar nicht nötig machte. Sie konnten alle ihre Aufgaben (namentlich da sie nach keiner Meinung vegetarisch lebten und Witterungseinflüssen nur wenig ausgesetzt waren) ohne irgendwelche Übung mit jeder Hand ausführen. Erst im Diluvium infolge des eintretenden Klimawechsels, mit dem Uebergang zur Fleischkost und dem damit verbundenen komplizierteren Jagdhandwerk und der Nahrungszubereitung traten an den damaligen Menschen schwierigere Handaufgaben heran, die bei ihm die schlummernde, nach Kühns Meinung durch unergündete Naturgesetze vorbedingte, Rechtsfähigkeit auslöste. Die rechte Hand wurde zum Herrn, die linke zum Sklaven. Da nun nach seiner Meinung die Diluvial- und jehigen, noch lebenden Primitivvölker angeblich fast gar keine Linkshänder aufwiesen, zu biblischen Zeiten nach einer Angabe (Buch der Richter, Kap. 20 Vers 15, 16) schon 2,62 Proz. Linker gezählt wurden, jetzt dagegen die Statistiken normalerweise bis 4 Proz., in alkoholdurchschuhten Länderstrichen und bei intensiver Inzucht bis 10 Proz. und mehr, bei Brechreicht und Epilepsikern bis 23 Proz. angeben, so hält er die Zunahme der Linkshändigkeit für ein Zeichen des Verfalls eines Volkes. Er sieht damit in direktem Gegensatz zu früheren Annahmen anderer Wissenschaftler, die angaben, daß die Linkshändigkeit im Abnehmen begriffen sei, da der Lefe weit mehr linksbändig gewesen sei als der Mensch, daß der Urmench und der heutige wildlebende Mensch ebenfalls noch hohe Linkshändigkeitsziffern habe und daß heute die 4 Proz. Linkshändigkeit nur noch eine Art Ueberbleibsel aus früheren Zeiten seien.

Schließlich zieht Kühn aus seinen Erörterungen einen weiteren äußerst wichtigen Schluß. Da nach seiner oben angeführten Annahme die Rechtsfähigkeit umso stärker vorherrscht, je weiter wir stammesgeschichtlich zurückgehen, so müßte dann logischerweise seiner Meinung nach der Menschenaffe ebenso wie der Dilmvalmench vollständig Rechtsbänder sein. Da die Menschenaffen aber angeblich Linkshänder (Rechtsbänder) sind, so können sie auch stammesgeschichtlich nicht als unsere Vorfahren angesehen werden. Wir Menschen marschieren also schon seit den ältesten Zeiten getrennt von den Menschenaffen in unserer Entwicklung zum jetzigen Stadium. Ob beide jedoch einen gemeinschaftlichen Ursprung haben, läßt er dahingestellt. Zweifellos dürfte diese neue Theorie dazu anregen, das interessante Problem der Rechtsfähigkeit erneut zu bearbeiten.

Säuglingsturnen. Die Nachkriegszeit hat einen vollkommen neuen Zweig der Erziehung des Nachwuchses gebracht: das Säuglingsturnen, über das Prof. Hamburger neuerdings interessante Ausführungen gemacht hat. Nach ihm ist der natürliche Drang des Säuglings nach Bewegung (Strampeln usw.) ein stammesgeschichtlich für den Menschen bedingter Trieb nach Muskelarbeit, dem man keinesfalls (Stedtfissen!) entgegen arbeiten darf. Daher sollte jetzt zu den Aufgaben einer ordentlichen Kindererziehung neben allen anderen auch Sorge für Bewegungsfreiheit und Muskelarbeit schon im Säuglingsalter gehören. Während Neumann-Neurode, ein früherer Offizier, der sich um das Säuglingsturnen verdient gemacht hat, den Beginn des Turnens in den vierten bis siebenten Monat legen möchte, empfiehlt Hamburger bereits den zweiten bis dritten Monat, da schon da das Turnen dem Säugling fast ausnahmslos Freude mache. Ebenso wie Lustgefühle den Bewegungsdrang erhöhen, so ruft auch umgekehrt mäßige Muskelarbeit Lustgefühl hervor. Voraussetzung ist natürlich die richtige Auswahl von Übungen, die im allgemeinen in passiven Bewegungen, Massage und Selbstbefreiung aus Zwangslagen bestehen und erst später zu aktiven und schwierigeren Übungen übergehen.

Zapfenstreich für die New Yorker Nachtschwärmer. Angesichts der Ausschreitungen, der sich die Nachtschwärmer schuldig machen, hat sich die Stadtverwaltung von New York entschlossen, die alte Hofnahme des Zapfenstreiches wieder in Kraft zu setzen. Rünftig wird um 3 Uhr morgens in den Straßen der Zapfenstreich geblasen, und wer später noch auf den Straßen betroffen wird, ist gehalten, sich dem patrollicierenden Polizisten über seine Person auszuweisen. In den Kreisen, gegen die sich diese neue Maßnahme richtet, hat man für die Wiedereinführung des Zapfenstreiches nur ein spöttisches Schätzeln. Man wird einfach Bälle und Feste bis nach Sonnenaufgang verlängern.



